

## EINWOHNERRAT

Gemeindehausplatz 1  
Postfach  
6048 Horw  
info@horw.ch

Kontakt Heike Sommer  
Telefon 041 349 12 51  
Telefax 041 349 14 81  
E-Mail heike.sommer@horw.ch

Thema Einwohnerratssitzung  
Sitzungsdatum 17. September 2009, 16.00 – 20.25 Uhr  
Sitzungsort Pfarreizentrum  
Vorsitz Irène Zingg-Vetter

## PROTOKOLL NR. 311

Anwesend 30 Einwohnerratsmitglieder  
5 Gemeinderatsmitglieder  
1 Gemeindeschreiber

Entschuldigt Jung Hans-Ruedi (anwesend bis 20.00 Uhr)  
Zemp Thomas (anwesend ab 17.00 Uhr)

### Traktandenliste

1. Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission Seite 4
2. Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Geschäftsprüfungskommission Seite 5
3. Ersatzwahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission Seite 5
4. Ersatzwahl Delegierte oder Delegierter Gemeindeverband Amtsvormundschaft Luzern-Land Seite 5
5. Ersatzwahl Ersatzdelegierte oder - delegierter Gemeindeverband Amtsvormundschaft Luzern-Land Seite 6
6. B+A Nr. 1403 Planungsbericht "Optimierung des Finanzhaushaltes (Teil 1)" Seite 6
8. B+A Nr. 1404 Finanz- und Aufgabenplan 2010 - 2015 Seite 15
7. Fragestunde Seite 20
9. Dringliche Motion Nr. 263/2009 von Thomas Zemp, CVP, und Mitunterzeichnenden: Wahl der Delegierten in verschiedene Gemeindeverbände Seite 23
10. Dringliche Interpellation Nr. 572/2009 von Rita Wyss, L2O, und Mitunterzeichnenden: Oberstufenschulhaus Seite 27
11. Dringliche Interpellation Nr. 573/2009 von Konrad Durrer, L2O, und Mitunterzeichnenden: Fachmarkt im Schlund Seite 29
12. Postulat Nr. 610/2009 von Marcel Zimmermann, SVP, und Mitunterzeichnenden: Fussgängerstreifen auf der Kantonsstrasse Seite 30
12. Interpellation Nr. 564/2009 von Robert Odermatt, SVP, und Mitunterzeichnenden: Feuerwehernetz Region Luzern Seite 31

## Mitteilungen

Zu Beginn meines Präsidialjahres möchte ich dem Rat einige meiner Gedanken mit in das neue Amtsjahr geben:

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

Wir alle, ob Einwohnerrat oder Gemeinderat, wollen mit unserem politischen Wirken zum Wohle unserer Gemeinde beitragen. Wie wir aber leider immer wieder feststellen müssen, ist das politische Interesse oder die Akzeptanz in der breiten Bevölkerung nicht immer gegeben.

Was erwarten die Wählerin, der Wähler von seinen Vertreter/-innen im Einwohner- oder Gemeinderat? Sie erwarten unseren Einsatz für eine attraktive, fortschrittliche Gemeinde mit hoher Lebensqualität für alle Bevölkerungsschichten. Dass da die einzelnen Gruppierungen und Parteien unterschiedliche Meinungen haben, wie dieses Ziel zu erreichen ist, liegt in der Natur der Sache. Damit man aber miteinander ein gestecktes Ziel erreichen kann, braucht es wie in jeder anderen Beziehung auch, folgende Eigenschaften: Respekt, Toleranz, Ehrlichkeit und Vertrauen. Nicht gerade Attribute die man der Politik zuschreibt, aber gerade mit diesen Werten könnte man einer gewissen Gleichgültigkeit oder einem Misstrauen in der Bevölkerung entgegentreten. Toleranz und Respekt: andere Überzeugungen und Meinungen gelten lassen ist nicht angeboren, aber es sind lobenswerte Eigenschaften, an denen man täglich arbeiten kann. Ehrlichkeit ist eines der ungeschriebenen Gesetze, die es in einer Gruppe braucht um dauerhaft produktiv und kreativ leistungsfähig zu sein. Denken wir nur wie viel Zeit vergeht, wenn man immer zuerst hinterfragen muss, wie ehrlich und wie wahr die Gegenseite kommuniziert. Vertrauen, etwas ganz zentrales in unserer Gesellschaft. Jedes kleine Kind hat ein Urvertrauen in seine Eltern und Beziehungspersonen und man weiss, wie wichtig dieses Vertrauen für die Entwicklung eines Menschen ist. Wird das Vertrauen missbraucht, ist es sehr schwierig und oft ein langer Weg bis es wieder hergestellt ist. Heute ist jemand der vertraut naiv oder in gewissen Gremien nicht mehr tragbar! Stellen wir uns doch einmal selber die Frage, wie wir zu diesen Werten stehen.

Wir haben in Horw in diesem Amtsjahr über grosse und wichtige Geschäfte zu befinden. Ich denke da an die Ortsplanung, an die Sanierung von Oberstufenschulhaus und Gemeindehaus, die Wasserreglemente, und auch das Budget wird wieder einiges zu diskutieren geben. Ich bin überzeugt, wir alle im Saal, Einwohnerräte und Gemeinderäte, wollen für die Gemeinde Horw nur das Beste. Aber das Beste ist nicht für alle das Gleiche oder das Beste ist nicht für alle das Beste.

Ich wünsche mir für mein Präsidialjahr spannende, harte aber faire Auseinandersetzungen immer basierend auf den vier Werten Respekt, Toleranz, Ehrlichkeit und Vertrauen.

## Feststellungen

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend. Wir sind verhandlungs- und beschlussfähig. Die Sitzung ist eröffnet.

## **Mitteilungen der Präsidentin**

### **Repräsentationen**

Bis Ende August ist der Einwohnerrat durch meinen Vorgänger Reto Deschwanden repräsentiert worden. Er hat an folgenden Anlässen teilgenommen:

- |                  |   |
|------------------|---|
| 21. Juni 2009:   | 11. Kantonaler SVKT-Jugendriegetag            |
| 10. Juli 2009:   | Schulabschlusszobig                           |
| 1. August 2009:  | 1. August-Feier                               |
| 23. August 2009: | Amtseinsetzung vom Pfarreileiter Romeo Zanini |

Ich selber durfte den Rat an folgenden Anlässen vertreten:

- 4. September 2009: GV Handball TV Horw
- 11. September 2009: Jungbürgerfeier

### **Gratulationen**

Als Einwohnerratspräsidentin darf ich im September 21 Personen aus unserer Gemeinde zu hohen Geburtstagen gratulieren.

### **Einbürgerungen**

Die Bürgerrechtsdelegation hat an ihrer Sitzung vom 7. September 2009 insgesamt fünf Personen das Bürgerrecht der Gemeinde Horw zugesichert.

### **Neueingänge**

- |                    |   |
|--------------------|---|
| 3. Juli 2009:      | Dringliche Motion Nr. 263/2009 von Thomas Zemp, CVP, und Mitunterzeichnenden: Wahl der Delegierten in verschiedene Gemeindeverbände |
| 15. Juli 2009:     | Dringliche Interpellation Nr. 573/2009 von Konrad Durrer, L2O, und Mitunterzeichnenden: Fachmarkt im Schlund                        |
| 3. September 2009: | Postulat Nr. 615/2009 von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Solar-Pressabfallbehälter                                       |
| 3. September 2009: | Interpellation Nr. 574/2009, von Urs Röllli, FDP: Busendstationen der Linie 20  |

### **Rechtskraft von Beschlüssen**

Seit der letzten Sitzung sind keine Beschlüsse in Rechtskraft erwachsen.

### **Protokolle**

Gegen das Protokoll Nr. 310 ist keine schriftliche Einsprache eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt.

Ich möchte eine Protokollberichtigung bekannt geben.

Im Rahmen der Behandlung des Postulats Nr. 613/2009, Beschleunigung der Planungsverfahren in der Zentrumszone Bahnhof, habe ich ein anderes Wort gesagt, als ich eigentlich gemeint hatte. Unter Punkt 3 habe ich statt "Mergelverarbeitung", "Mergelabbau" gesagt. Es ging um die Talliegenschaft der AGZ und der Satz sollte richtig heissen, dass die AGZ die Option, die Mergelverarbeitung in Horw weiter zu betreiben aufgegeben hat. An der Sitzung habe ich "Mergelabbau" gesagt. Das ist ein fataler Versprecher, ich habe aber immer "Mergelverarbeitung" gemeint. Es tut mir leid, aber im Eifer des Gefechts habe ich es nicht bemerkt. Das hat zu einigem Schriftverkehr geführt, mit dem Sie auch bedient wurden.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

**Dringliche Motion Nr. 263/2009 von Zemp Thomas und Mitunterzeichnenden:  
Wahl der Delegierten in verschiedene Gemeindeverbände**

Da Herr Zemp bis ca. 17.10 Uhr abwesend sein wird, wird die Dringlichkeit durch Hans-Ruedi Jung begründet.

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

Die Dringlichkeit der Motion ergibt sich dadurch, dass die beiden genannten Verbände auf den 1. Januar 2010 neu konstituiert werden bzw. eine Fusion mit den anderen Verbänden stattfindet und bis dann müsste klar sein, wer die Gemeinde in den Verbänden vertreten wird. Es geht nicht darum, ob man Wahlen durchführt oder nicht, sondern es geht darum, vorher Klarheit zu schaffen.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Der Gemeinderat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Markus Hool (FDP)

Der Rat bestreitet die Dringlichkeit nicht.

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

**Dringliche Interpellation Nr. 573/2009 von Konrad Durrer und Mitunterzeichnenden: Fachmarkt im Schlund**

Der Gemeinderat hat die dringliche Interpellation bereits beantwortet und somit die Dringlichkeit bestätigt.

Der Rat bestreitet die Dringlichkeit nicht.

**1. Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission**

Zu den folgenden drei Geschäften werden Sie sich vielleicht wundern, warum wir eine Ersatzwahl vornehmen müssen. Das hat den Grund, dass die CVP-Fraktion längerfristig die Kontinuität und Nachfolge innerhalb der Kommissionen sicherstellen möchte. Es zeichnet sich ab, dass es irgendwann Mutationen geben wird und wir möchten rechtzeitig, dass die richtigen Leute zur richtigen Zeit eingeführt sind.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission schlagen wir Ihnen Frau Rita Sommerhalder vor.

**Wahlergebnis:**

Ausgeteilte Wahlzettel	29
Eingegangene Wahlzettel	29
Ungültige Wahlzettel	0
Leere Wahlzettel	1
Gültige Wahlzettel	28
Absolutes Mehr	15

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

Gewählt ist Frau Rita Sommerhalder mit 28 Stimmen.

## 2. Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Geschäftsprüfungskommission

Als Ersatzmitglied der Geschäftsprüfungskommission schlagen wir Ihnen Herrn Markus Bider vor.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

### Wahlergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel	29
Eingegangene Wahlzettel	28
Ungültige Wahlzettel	0
Leere Wahlzettel	4
Gültige Wahlzettel	24
Absolutes Mehr	13

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

Gewählt ist Herr Markus Bider mit 24 Stimmen.

## 3. Ersatzwahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission

Als Mitglied der Gesundheits- und Sozialkommission schlagen wir Ihnen Herrn Urs Hediger vor.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

### Wahlergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel	29
Eingegangene Wahlzettel	29
Ungültige Wahlzettel	0
Leere Wahlzettel	3
Gültige Wahlzettel	26
Absolutes Mehr	14

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

Gewählt ist Herr Urs Hediger mit 26 Stimmen.

## 4. Ersatzwahl Delegierte oder Delegierter Gemeindeverband Amtsvormundschaft Luzern-Land

Der Gemeinderat schlägt als Delegierten in den Gemeindeverband Amtsvormundschaft Luzern-Land Herrn Gianmarco Helfenstein, Gemeinderat, vor.

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

### Wahlergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel	29
Eingegangene Wahlzettel	29
Ungültige Wahlzettel	0
Leere Wahlzettel	2
Gültige Wahlzettel	27
Absolutes Mehr	14

Gewählt ist Herr Gianmarco Helfenstein mit 27 Stimmen.

## 5. Ersatzwahl Ersatzdelegierte oder - delegierter Gemeindeverband Amtsvormundschaft Luzern-Land

Der Gemeinderat schlägt als Ersatzdelegierten in den Gemeindeverband Amtsvormundschaft Luzern-Land Herrn Markus Bachmann, Präsident Gesundheits- und Sozialkommission, vor.

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

### Wahlergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel	29
Eingegangene Wahlzettel	29
Ungültige Wahlzettel	0
Leere Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	29
Absolutes Mehr	15

Gewählt ist Herr Markus Bachmann mit 29 Stimmen.

## 6. B+A Nr. 1403 Planungsbericht "Optimierung des Finanzhaushaltes (Teil 1)"

### Eintreten GPK

Die GPK anerkennt den Willen des Gemeinderates, den durch die Motion Zemp angesprochenen Problemkreis ernsthaft anzugehen. Der vorliegende Planungsbericht stellt einen ersten Schritt zur Bewältigung der gestellten Aufgabe dar. Er definiert auch die Projektorganisation. Danach übernimmt der Gemeinderat in diesem Projekt die oberste Führungsfunktion und orientiert den Einwohnerrat periodisch über den Projektstand, was die GPK als unerlässlich betrachtet, um, insbesondere gegenüber dem Personal, Chancen aufzuzeigen und Ängste abzubauen.

Alwin Larcher (SVP)

Nach einer eingehenden Grobanalyse nach Funktionen befasst er sich mit der Definition von zukunftsorientierten Leistungsaufträgen unter den Stichworten Effektivität und Effizienz und skizziert auch das Vorgehen. Ferner listet er die Massnahmen auf, wobei auffällt, dass sich unter den "bereits umgesetzten Massnahmen" eher unwesentliche Punkte befinden.

Im Absatz "Würdigung" schliesslich wird der Ist-Zustand nachdrücklich verteidigt, jedoch immerhin eingeräumt, dass "lieb gewonnene" Annehmlichkeiten zu einem sog. "Horwer Standard" geführt haben und in diesem Zusammenhang der Frage der Finanzierung inskünftig volle Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Der Gemeinderat räumt ein, dass bereits eine Grobanalyse einige Möglichkeiten zu Einsparungen gezeigt hat und hält fest, dass bei der weiteren Beurteilung tatsächlich Gleiches mit Gleichem zu vergleichen ist, was naturgemäss nicht unproblematisch ist. In diesem Zusammenhang ist die GPK der Meinung, dass die Stadt Luzern, zumindest bei einzelnen Themen, ebenfalls unter den "Partnergemeinden" vertreten sein sollte.

Besonders wertvoll für die weitere Bearbeitung sind die Beilagen betreffend dem Leistungskatalog. Der ebenfalls beigefügte Motionstext entspricht noch der ursprünglichen Fassung. Während der Behandlung im Einwohnerrat wurde jedoch der Passus "Massnahmen, die zu einer Kostenreduktion ohne massgeblichen Leistungsabbau führen,

sind sofort umzusetzen" im Einverständnis mit dem Motionär gestrichen und die Motion somit lediglich teilweise überwiesen.

An der GPK-Sitzung wurde zur Diskussion gestellt, ob die Motion als erfüllt abzuschreiben sei. Eine überwiegende Mehrheit war jedoch der Auffassung, dass der vorliegende B+A lediglich einen Teilbericht darstellt. Die GPK empfiehlt Eintreten und Kenntnisnahme des B+A Nr. 1403.

### **Eintreten BVK**

Der vorliegende Planungsbericht ist ein Versuch, die Zahlen unter den verschiedenen Agglomerationsgemeinden zu vergleichen und Sparpotenzial für unsere Gemeinde zu eruieren. Warum ist es ein Versuch? Beim Analysieren haben wir festgestellt, dass die vorgelegten Zahlen hinken. Der Massstab ist nicht überall gleich angesetzt worden. Ein Beispiel: Es ist die Länge der Güterstrassen resp. die Meter-Zahl pro Einwohner verglichen worden, das ist eine Statistik, die nichts aussagt. Man müsste doch wissen, wie viel ein Laufmeter Strasse kostet. Der Laufmeter pro Einwohner lässt lediglich die Topografie oder die Siedlungsdichte erahnen und daraus lässt sich nie und nimmer Sparpotenzial errechnen. Wenn man jedoch in einer Kostenanalyse pro Meter feststellen könnte, wie viel wir im Gemeindevergleich pro Meter Unterhalt ausgeben wissen wir, ob wir im Vergleich zu viel oder zu wenig Unterhaltskosten haben. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, in welcher Qualität die Strasse seinerzeit gebaut worden ist, denn das wiederum kann Auswirkungen auf den Unterhalt haben. Ähnlich verhält es sich auch bei den Immobilien. Der Kernpunkt der Aussagen ist, dass zuerst ein System für einen Gemeindevergleich geschaffen werden muss, eines das gleichermaßen objektiv und die gleichen Parameter misst, so dass vergleichbare Resultate entstehen. Das setzt voraus, dass die anderen Gemeinden auch gewillt sind, solche Parameter einzuführen. Das jedoch ist auch vom Gemeinderat bereits festgestellt worden, wie Sie dem vorliegenden B+A entnehmen können. Loben wir die Feststellung und fordern den Gemeinderat auf, sich möglichst schnell an die Umsetzung zu machen und die anderen Gemeinden für die erwähnten Parameter zu motivieren, damit wir baldmöglichst vergleichbare Zahlen bekommen. Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Projektphase unterstützen wir, externe Ressourcen hinzuzuziehen macht Sinn, um allfällige Betriebsblindheit zu eliminieren. Zusammenfassend danken wir für die Erkenntnis, dass man nur wenig vergleichen kann und erwarten eine sofortige Inangriffnahme des zweiten Teils. Dort vermuten wir, dass derjenige Aufwand um ein Vielfaches höher sein wird, als das bis anhin Geleistete. Die BVK ist einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme vom vorliegenden Planungsbericht.

Roger Jenni (FDP)

### **Eintreten GSK**

Die GSK begrüsst, dass man nach Optimierungspotenzial sucht. Im Bereich Gesundheit und Soziales ist es allerdings schwierig, da ein grosser Teil der Aufgaben gebunden ist, weil gesetzliche Vorgaben von Kanton und Bund bestehen. Einflussmöglichkeiten sind darum relativ gering. Der Grobanalyse ist zu entnehmen, dass in jenen Bereichen, wo Handlungsspielraum besteht, ein Vergleich schwierig ist, weil die Vergleichsgemeinden ihre Kosten unterschiedlich verbuchen. Trotzdem fällt auf, dass Horw im Bereich der Fürsorge relativ hohe Kosten hat. Das ist einerseits erklärbar durch die freiwilligen Horwer Zusatzleistungen wie das Büro für Jugendfragen, Mietzinsbeihilfe, Familienhilfe, Gemeindebeihilfe usw. Andererseits verbuchen Vergleichsgemeinden die Lohnkosten nicht direkt dort, sondern zum Teil bei den Verwaltungskosten, was dann wieder zu Verfälschungen führt. In der Detailanalyse ist zu prüfen, ob und allenfalls in welchem Rahmen Horw die freiwilligen Zahlungen sich noch leisten will oder sich noch leisten kann. Erfreulich ist der Vergleich vom Verband Heime und Institutionen Schweiz "Cura viva", der zeigt, dass das Kirchfeld verhältnismässig gut dasteht und praktisch kostendeckend arbeitet. Bereits jetzt ist absehbar, dass mit der Einführung der neuen Pflegefinanzierung zusätzliche Kosten auf die Gemeinde zukommen werden. In welchem Aus-

Markus Bachmann  
(SVP)

mass das der Fall sein wird, ist noch nicht klar. Die GSK ist einstimmig für Eintreten auf den B+A Nr. 1403.

#### **Eintreten CVP**

Der Planungsbericht zeigt auf, dass Vergleichen gar nicht so einfach ist. Die CVP-Fraktion nimmt gerne zur Kenntnis, dass der Gemeinderat gewillt ist, den Auftrag in einer vertieften Analyse wahrzunehmen. Es ist nämlich nötig, dass die summarischen Zahlen einem detaillierten Leistungsvergleich zu unterwerfen sind. Das will man mit der Zielvorstellung von konkreten Leistungsaufträgen, die dann in der Kostenrechnung ausgewiesen und vergleichbar gemacht werden können. Die CVP-Fraktion begrüsst die vorgeschlagene Projektorganisation, auch mit einer neutralen, externen Begleitung. Wir nehmen auch positiv zur Kenntnis, dass es einen konkreten Leistungs- und Leistungsvergleich mit interessierten Partnergemeinden gibt. Die CVP-Fraktion hat zwei Erwartungen und zwar, dass der vorgeschlagene Weg konsequent weitergegangen wird und dass man die Umsetzung vom Projekt und damit eine fundierte und transparente politische Wertung vornehmen kann. Dies insbesondere auch bezüglich der gemeindespezifischen Horwer Standards. Letztlich ist das die Frage, die wir wieder behandeln werden, wieviel Standard, sprich Leistung, zu welchem Preis wir uns leisten wollen. Wir haben auch eine zweite Erwartung: Die Kommunikation nimmt in so einem Projekt einen sehr wichtigen Stellenwert ein und wir erwarten, dass mit der nötigen Aufmerksamkeit dem Aspekt auch Rechnung getragen wird und zwar gegen innen, aber auch gegen aussen. Solche Projekte können verunsichern und damit muss man sorgfältig umgehen. Aber die Überprüfung der eigenen Tätigkeit ist nicht nur motionsbedingt, sondern eine laufende Aufgabe einer Gemeinde. Daher ist es auch wichtig, dass man die Kommunikation gegenüber der Bevölkerung ausgewogen vornimmt (Wir verweisen auf die nicht ganz geglückte Kommunikation im Zusammenhang mit dem Schulhaus Biregg.). Die CVP ist einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1403.

Heiri Niederberger  
(CVP)

#### **Eintreten SVP**

Die Gemeinde Horw verfügt über ein breit ausgebautes und attraktives Leistungsangebot. Das ist auch gut so, die Gemeinde muss auch in Zukunft attraktiv bleiben, so dass wir neue und zahlungskräftige Einwohner nach Horw bringen können. Die Gemeinde ist aber auch verpflichtet, transparent aufzeigen zu können, wohin der Steuerfranken fliesst und für was er eingesetzt wird.

Sacha Woodtli (SVP)

Im Bereich Soziales und Schule sind wir nach wie vor angetan von dem vielfältigen Angebot: Büro für Jugendfragen, Mietzinsbeihilfe, Familienhilfe, Bibliotheken, Schulsozialarbeit etc. Da fragen wir uns, ob die Kosten wirklich zulasten der Gemeinde gehen müssen oder ob man auch gewisse Sachen auf die Benutzer abwälzen könnte und auch, ob alles in Horw stattfinden muss. Eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden oder Institutionen ist da sicher sehr sinnvoll. Ein Beispiel auch aus der Bürgerrechtsdelegation, wo ein Kurs für Einbürgerungswillige eingeführt wurde und diese einen Teil der Kurskosten selber zu tragen haben. Im Bereich Volksschule sind wir erstaunt, dass man mit einer Erhöhung der Schülerzahl auf ca. 20 Schüler pro Klasse rund 200'000 Franken einsparen könnte. Auf die Idee hätte man vielleicht schon früher kommen können. Der erste Teil des Planungsberichtes unterstreicht die Wichtigkeit und zeigt, dass wir uns alle mit der Materie beschäftigen müssen. Wir sind auch auf die Auswirkungen auf das Budget 2010 gespannt. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf den B+A Nr. 1403.

#### **Eintreten FDP**

An verschiedenen Budgetbesprechungen ist von Seite Gemeinderat immer wieder darauf hingewiesen worden, dass man sehr wenig Spielraum für das Reduzieren der Kosten aber auch bei den Einnahmen hat. Bei den im Bericht aufgeführten Infos, den Grafiken aber auch im Anhang bestätigen sich die Aussagen wieder einmal, das heisst aber nicht, dass kein Potenzial vorhanden ist. Wie bereits erwähnt, ist ein Vergleich unter den

Beat Imboden (FDP)

Gemeinden nicht einfach so möglich. Andere Rechnungsmodelle, verschiedene Verbuchungen, andere Spezialfinanzierungen und andere Unklarheiten verunmöglichen ein einfaches Gegenüberstellen der verschiedenen Gemeinderechnungen. Es bringt zum heutigen Zeitpunkt nichts, über im Bericht enthaltene Zahlen zu debattieren, vielmehr sollte man den Verantwortlichen klare Signale geben, was wir im nächsten Bericht erwarten. Von Seite der FDP sind das transparente Zahlen, das Aufzeigen von Kostenoptimierungen bei Ausgaben und Einnahmen, aber auch Aussagen, was für Konsequenzen aus den Kostenoptimierungen herausgehen, klare Entscheidungsgrundlagen für zukünftige Massnahmen und eine offene Informationspolitik nach innen und aussen. Die heutige Beratung des Planungsberichtes ist relativ einfach. Heute nehmen wir die Grob-analyse zur Kenntnis und geben der Verwaltung weiter, was wir gerne möchten. Der Bericht ist vor allem von der Verwaltung intern mit Zuzug von externen Leuten erstellt worden. In einem Jahr werden wir mit klaren Fakten konfrontiert und dann werden wir unangenehme Entscheidungen treffen müssen. Wo setzen wir den Rotstift an oder wo werden Gebührenerhöhungen nötig? Wir sind gespannt, wie das Ergebnis in einem Jahr aussehen wird. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Kenntnisnahme vom B+A.

#### **Eintreten L20**

Konrad Durrer (L20)

Die Motion Nr. 261 glaubt, aus einem rein statistischen Finanzzahlenvergleich ein grosses Sparpotenzial herzuleiten. Der verlangte Planungsbericht soll Analyseergebnisse, Potenzial und Handlungsoptionen darstellen. Wie schon bei der Überweisung bemerkt, ist die Vergleichbarkeit zwischen den Gemeinden auf der Basis der aktuellen Rechnungsgliederung nicht so einfach. Beispiele: Anzahl Strassen-km pro Kopf, Verrechnung der Zinskosten für das Land der Schulhäuser etc. Mit viel Aufwand hat das Finanzdepartement nun versucht, dies auszubügeln. Dieser Aufwand ist, nach Aussage des Finanzsekretärs, auf Kosten der Weitertriebung der Kostenrechnung gegangen. Wir hätten da lieber die Kostenrechnung vorangetrieben. Es sind in der Verwaltung auch Ängste entstanden um Mittel und Arbeitsplatz. Dies fördert weder das Arbeitsklima noch ist es eine fruchtbare Basis, um die Angestellten zur aktiven Mitarbeit an der Effizienzsteigerung zu gewinnen. Die Motion hat schon als Begründung für allerlei Sparübungen herhalten müssen, und dies obwohl – und dies ist ein erster Kritikpunkt – die Motion damals nur teilweise überwiesen wurde. Der Punkt mit den "Sofortmassnahmen" ist nämlich nicht überwiesen worden. Ein zweiter wesentliche Kritikpunkt ist auch schon erwähnt worden, und zwar dass auch die Stadt Luzern in den Vergleich einzubeziehen ist. Der Motionär hat das nämlich auch gemacht. Unser Leistungsangebot steht auch in direktem Konkurrenzkampf mit der Stadt. Eine Beurteilung des vorliegenden Berichts ergibt folgende drei Punkte:

1. Man kann die einzelnen Zahlen der funktionalen Gliederung nicht 1:1 vergleichen.
2. Wir wissen jetzt, dass es freiwillige Leistungen gibt und solche mit organisatorischen Freiheiten. Sozusagen geht ein Bürger oder eine Bürgerin von Horw im Coop einkaufen, wo die Waren sauber präsentiert sind und wo man auch ein ökologisches oder sozialverträgliches Produkt kaufen kann und nicht in einem Aldi, wo man die Waren direkt von der Palette nehmen muss und im ganzen Laden ausser an der Kasse niemand ist, den man fragen kann, wo ein bestimmtes Produkt zu finden ist.
3. Man nützt die Gelegenheit, um bei den Schwächsten und nicht im Parlament vertretenen Gruppen zu sparen, nämlich bei den Kindern, indem man sofort die Klassengrössen erhöht und die Lagerbeiträge streicht. Der gemeinderätliche Übereifer geht soweit, dass er jetzt Leistungsaufträge und Umsetzungsmassnahmen, die gar nicht gefordert sind, direkt in einer Phase 2 machen möchte. Das kann nicht zwingend aus der Motion abgeleitet werden. Ergebnisse, Potenzial und Handlungsoptionen sind wie gefordert dargestellt. Wir sind der Meinung, dass die Motion ihren Dienst getan hat, und werden entsprechende Anträge stellen. Wir sind für Eintreten.

Einige Stimmen haben geäussert, dass der Planungsbericht noch "wenig Fleisch am Knochen" hat. Ich habe aber auch gespürt, dass Sie erkannt haben, dass es bei der Grobanalyse jetzt einmal darum gegangen ist, eine Auslegeordnung zu haben, um nachher in die Tiefe gehen zu können. Der Gemeinderat hat bereits schon in der Vergangenheit die Optimierungsmöglichkeiten in anderen Bereichen jeweils ausgelotet und das werden wir auch in Zukunft machen. Die Motion hat jetzt einen Zwischenschritt dadurch beschleunigt, dass Sie einen Kredit gesprochen haben, so dass wir uns extern verstärken dürfen und damit eine Grundlage der Objektivität haben. Es ist eine Mehrarbeit für die ganze Verwaltung und den ganzen Gemeinderat, die nicht unbedeutend ist. Es ist aber eine Herausforderung und ich glaube, wenn man das Ziel vor Augen hat, auch wertvoll und gut investiert. Es wurde die Angst erwähnt, ich glaube Angst ist das falsche Wort. Reorganisationen, Optimierungen decken meistens etwas auf, das nicht ganz korrekt abläuft. Das kann ein Prozess, ein Arbeits-, Kosten- oder Zeitaufwand sein usw. und das kann vielleicht einmal ein wenig weh tun. Ich möchte noch etwas ergänzen, das nicht erwähnt worden ist, und zwar dass eine Vergangenheitsanalyse auch nicht ganz einfach ist. Wir haben in den letzten drei Jahren einen sehr starken Wandel mitgemacht mit dem Finanzausgleich oder aber auch Sachen, die der Gemeinderat oder die auch bereits mit Ihnen umorganisiert wurden. Ebenfalls haben Sie den "Horwer Standard" erwähnt. Man kann festhalten, dass sich die Gemeinde Horw in der Vergangenheit in guten Jahren einiges ermöglicht und erlaubt hat, um das Leistungsangebot auszubauen, von dem wir alle profitieren dürfen. Wenn es jetzt einmal ein wenig enger wird sieht man, dass die sog. "liebgewonnenen Annehmlichkeiten" ganz genau angeschaut werden müssen.

Die Stadt Luzern werden wir selbstverständlich miteinbeziehen. Wir haben eine Partnergemeinde, die wir genauer anschauen und wenn diese eine bestimmte Dienstleistung, die wir vergleichen möchten nicht anbietet, suchen wir natürlich nach weiteren Möglichkeiten. Das kann die Stadt Luzern sein, das kann aber auch eine andere Agglomerationsgemeinde sein.

Weiter haben Sie richtig gesagt, dass die Kommunikation ein wichtiger Punkt ist. Das haben wir ebenfalls erkannt und werden auch regelmässig nach innen und aussen informieren.

## **Detailberatung**

### **4.6.3 Fürsorge**

Wir haben jetzt immer wieder gehört, dass unsere Sachen nicht vergleichbar sind bzw. anders verbucht werden. Bei der Fürsorge, bei der Horw nicht so gut dasteht heisst es im letzten Abschnitt, dass die Lohnkosten der Vergleichsgemeinden unter der Verwaltung verbucht werden. Jetzt muss man aber konsequent sein und schauen, wo Horw bei der allgemeinen Verwaltung steht und dann stellt man fest, dass wir dort auch nicht so wahnsinnig gut dastehen. Auch wenn Sie nicht unmittelbar Funktionen oder gleiche Aufgaben miteinander vergleichen können oder eine andere Verbuchung haben, wenn Sie der Sache nachgehen, und da möchte ich den Gemeinderat ermuntern, dass im Teil 2 des Berichtes zu tun, sehen Sie eben schon, wo gewisse Sachen hinfließen. Dann sieht plötzlich eine Position, die vorher gut ausgesehen hat, nicht mehr so gut aus. Ich habe keinen Antrag und das ist auch kein Mangel, den ich aufdecken möchte, ich möchte Sie einfach dafür sensibilisieren.

### **4.7 Verkehr**

Gemäss Stellungnahme des Gemeinderates wird der Vergleich primär nur mit einer Gemeinde gemacht, man sollte aber gerade beim Verkehr drei bis vier Gemeinden hinzuziehen. Bei den verschiedenen Faktoren wie Topografie, wieviel Strassen über Land sind, wie diese vom Schwerverkehr oder öffentlichem Verkehr benützt werden, da muss

Gianmarco Helfenstein  
(CVP)

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Roger Jenni (FDP)

man schauen, dass das vergleichbare Zahlen ergibt. Wenn man das nur mit einer Gemeinde macht, gibt es höchstwahrscheinlich keine objektiven Vergleichswerte.

Wir haben schon Interesse bei mehreren Gemeinden geweckt. Ich habe noch nicht erwähnt, dass auch bereits ein Gehaltsvergleich mit der Stadt Luzern, Emmen, Meggen, Kriens und Sursee aufgegleist worden ist. So kann es auch in anderen Bereichen, wie dem Verkehr sein.

Gianmarco Helfenstein  
(CVP)

#### 4.8 Umwelt und Raumordnung

Auch hier wieder ein Beispiel, bei dem man begründet, dass man jetzt in der Teilrevision der Zonenplanung sei. Das trifft zu und darum haben wir auch relativ hohe Kosten. Wenn Sie aber bis 2002 zurückschauen, haben wir immer wieder höhere Kosten als anderen Gemeinden gehabt, mit Ausnahme der Stadt Luzern. Andere Gemeinden sind zum Teil auch in einer Ortsplanungsrevision, Gemeinden die vergleichbare Strukturen haben.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

#### 5 Schlussfolgerungen aus den Feststellungen

Der Gemeinderat hat ein zweiteiliges Vorgehen gewählt. Man hat jetzt eine Grobanalyse gemacht und unter dem Kapitel 5 finden wir die Schlussfolgerungen aus dieser Grobanalyse. Wenn ich die sechs Punkte lese, ist das für mich ein wenig ernüchternd. In den Punkten findet man nur Argumente, wieso es nicht geht und wieso man nicht vergleichen kann. Das stimmt mich im Hinblick auf die Detailanalyse nicht sehr zuversichtlich. Ich sehe in den Schlussfolgerungen keinen Anhaltspunkt bei dem ich merke, dass da tatsächlich ein Wille vorhanden ist, etwas am Bestehenden zu verändern.

Thomas Zemp (CVP)

Wir haben gesagt, dass wir jetzt eine Grobanalyse machen und danach geht es weiter. Ich glaube nicht, dass es wertvoll gewesen wäre, wenn man einzelne Sachen herausgepickt und gesagt hätte, da ist Potenzial und da nicht. Wir sind noch zu wenig fundiert, um die Aussage machen zu können. Ich habe beim Eintreten gesagt, dass unser Ziel eine Optimierung in den Prozessen usw. ist und das möchten wir erreichen. Das können wir jetzt noch nicht auf das Papier bringen, aber wenn wir etwas finden, wo man Sofortmassnahmen umsetzen kann, werden wir das machen. Solche Positionen werden Sie schon im Rahmen vom Budget finden.

Gianmarco Helfenstein  
(CVP)

Zum Votum von Herrn Zemp möchte ich zu den sechs Punkten ergänzen, dass etwas ausgesagt wird, das im Kern wahr ist, und zwar dass die Vergleichbarkeit nicht immer gegeben ist. Aber es sieht nach Verteidigungshaltung aus und nicht als wäre man bereit, das aktiv anzugehen. Es werden nur Gründe aufgeführt, warum man es nicht vergleichen kann und das ist für mich ungenügend. Zu Punkt 5 ist die Begründung nicht hinreichend, warum man etwas nicht vergleichen kann, wenn man sagt, man rechne es über die Laufende Rechnung ab und die anderen belasten es den Investitionen. Wenn man es über Jahre anschaut, dann summieren sich auch die Investitionen, die Sie aktivieren und nachher über Jahre abschreiben und dann haben Sie am Schluss auch eine Vergleichsbasis. In der Argumentation würde ich erwarten, dass man dem auch nachgeht und nicht nur einfach eine Abwehrhaltung einnimmt. Da würde ich mir wünschen, dass man das ein wenig offensiver angeht.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Ich möchte eine Berichtigung zum Votum von Herrn Zemp anbringen. Es ist natürlich so, dass wir sehr wohl Optimierungen machen müssen und in dem Sinn ist Ihre Einschätzung völlig falsch. Es ist nur begründet worden, warum wir mit dem Zahlenmaterial, das wir bis jetzt haben, nicht mehr weiterkommen und wir haben deshalb einen Leistungskatalog erstellt. Das ist das, was wir jetzt in der Phase 1 bereits gemacht haben und das bringt uns schon sehr viel weiter. Auch die Beilagen führen zu einer Transparenz, womit wir einen ersten Schritt in die richtige Richtung gemacht haben. Als zweiten

Markus Hool (FDP)

Schritt gehen wir auf die einzelnen Gemeinden zu und schauen, woher die Unterschiede kommen und das ermöglicht uns nachher, die Arbeit so zu machen, wie wir uns das vorstellen und auch wie Sie sich das vorstellen.

Dann ist es aber missverständlich geschrieben. Wenn Sie schreiben "Schlussfolgerungen aus den Feststellungen" hat man das Gefühl, dass sind Ihre Schlussfolgerungen aus dem, was Sie bisher gemacht haben. Wenn Sie geschrieben hätten, dass Sie auf einem anderen Weg weitergehen, dann wäre das Ganze entschärft worden. Ich möchte Ihnen anregen, wenn Sie nicht zu den Zahlen der verschiedenen Gemeinden kommen, bekommen Sie diese vom Regierungsstatthalter.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

### 6.3 Feststellungen

Ich möchte anregen, damit man auch Spezialfinanzierungen einfacher vergleichen könnte, wenn man beim Wasser und Abwasser sehen würde, was man pro m<sup>3</sup> zahlt. Auch bei der Abfallbeseitigung die prozentualen Anteile der Gebäudeversicherung, damit man da einen Vergleich hätte.

Urs Röllli (FDP)

### 8 Würdigung

Der Gemeinderat hält fest, dass vor allem nach der Handlungsoption zur Effektivitäts- und Effizienzsteigerung gedrängt werde und dies eine zu kurze Sichtweise wäre. Ich halte nach wie vor fest, dass das meiner Ansicht nach einer der wichtigsten Ansatzpunkte ist, dass man die Effektivität und die Effizienz hinterfragt und ich bin auch sicher, dass da Potenzial vorhanden ist. Im Weiteren führt der Gemeinderat aus, wie gut oder wie zuverlässig die Verwaltung arbeitet, das stelle ich nicht in Abrede, und wie verschieden die Dienstleistungs- und Infrastrukturangebote sind in den Gemeinden. Letztlich ist das aber eine subjektive Wertung, mir fehlen jegliche Belege, dass es in anderen Gemeinden ein wesentlich schlechteres oder ein wesentlich besseres Angebot geben würde. Auch der Satz: Vor allem in den Bereichen Bildung, Soziales und Verkehr werden wir in der Agglomeration von vielen Bewohnerinnen und Bewohnern als vorbildlich beurteilt." Das steht einfach im Raum und es würde mich interessieren, wie man zu dieser Aussage kommt. In der Würdigung gibt es einen einzigen Satz, der mir einen Lichtblick gibt, nämlich im letzten Abschnitt heisst es: "Auch konnten bereits im Vergleich mit einzelnen Agglomerationsgemeinden Tätigkeiten und Abläufe eruiert werden, die möglicherweise effizienter und kostengünstiger auszuführen sind."

Thomas Zemp (CVP)

Die lobenden Worte im Bereich Bildung usw. hören wir verschiedentlich aus den Fragebögen, den die Neuzuzüger ausfüllen. Es wäre zu weit gegangen, wenn man die Sachen, die schon bestehen, hier ausgewertet hätte. Wir stellen aber auch fest, dass Steuern nicht zwingend im 1. Rang sind, aber das werden wir Ihnen sehr gerne im nächsten Jahr aufzeigen.

Gianmarco Helfenstein  
(CVP)

Ich möchte im Protokoll vermerkt haben, dass das nicht die überwiesene Motion ist, sondern die ursprüngliche und dass die Motion in keiner Weise so überwiesen wurde.

Konrad Durrer (L2O)

### Beilage 2

In der Darstellung ist nicht nachzuvollziehen, wie die Zahlen zuzuordnen sind. Es wäre eine kleine Sache gewesen, die Beilage noch einmal zu schicken, damit die Zahlen auch zu einem späteren Zeitpunkt noch vollziehbar sind.

Roger Jenni (FDP)

## Beschluss

Wir beantragen, den Beschlusstext wie folgt zu ergänzen:  
"Die Motion 261 wird damit abgeschrieben."

Die Begründung ist, dass die geforderten Analyseergebnisse, Potenzial und Handlungsoptionen dargestellt sind, wir brauchen keinen weiteren Planungsbericht. Ich bin dort sogar mit Herrn Zemp einig, der das Gefühl hat, der Bericht enthalte nicht so viel. Was wir brauchen, wenn Sie etwas machen möchten, können Sie das nachher im Budget oder im Finanz- und Aufgabenplan darstellen, was Sie optimieren möchten oder auch nicht. Wir haben gesehen, dass eine reine Finanzvergleichsbetrachtung enorm aufwändig ist und der Sache nicht gerecht wird, weil sie die Qualität der erbrachten Leistungen nicht in die Untersuchungen einfließen lässt (Wie zufrieden sind die Bürgerinnen und Bürger mit den Dienstleistungen?), den Arbeitsanfall nicht berücksichtigt. (z.B. hat das Bauamt mehr Einsprachen zu bewältigen, sieht es sich besseren Anwälten der Gegenseite gegenüber?). Wir haben auch gesehen, dass die freiwilligen Leistungen gar nicht so viel ausmachen, 1.2 Mio. Franken, und meistens noch Ertrag generieren. Es ist auch noch zu sagen, dass die politische Würdigung der meisten sog. freiwilligen Leistungen auf einem anderen Blatt stehen und meist auch politische Beschlüsse dazu vorhanden sind. Wir könnten uns die mehr als 100'000 Franken externe Beratungsaufwand sparen und dafür noch weitere 10 Jahre Schullager finanzieren.

Natürlich wird die Analyse einen grossen Aufwand verursachen. Das Ziel ist aber, dass der Aufwand, wir sprechen von 180 externen Stunden, mit dem Potenzial kompensiert werden muss, das weit mehr spart als ausgegeben wird.

Sie erwarten z.B. von uns als Bau- und Verkehrskommission kompetente Aussagen und Analysen. Das ist aber nicht immer einfach für uns, weil man keine Vergleichszahlen hat. Ich bitte den Gemeinderat, das tiefgründiger zu verfolgen, denn es ist sinnvoll, Gegenüberstellungen machen zu können, davon haben wir einen Nutzen. Letztendlich, wenn das z.B. im Bauwesen zu Sparmassnahmen kommen kann, zu einem Standard, den man nicht unbedingt reduziert, aber viel Geld sparen kann, ist das vielleicht das Geld, das Sie für die gewünschten Schullager gewinnen können. Wir haben einen Zwischenbericht und geben Sie die Chance, einen Schlussbericht zu verfassen, dann wissen wir, wo wir gegenüber den anderen stehen. Ich rate Ihnen und bitte Sie sogar, den Antrag zurückzuziehen, denn Sie machen niemanden einen Gefallen damit.

Es ist nicht erstaunlich, dass so ein Antrag von der L2O kommt. Schon damals, als es darum ging, ob die Motion dringlich ist, hat die L2O gegen die Dringlichkeit gestimmt. Nicht, weil sie gegen die Dringlichkeit ist, sondern weil sie gegen die Sache ist. Die L2O möchte nicht, dass man irgendwo optimiert und der L2O ist es auch völlig gleich, was es kostet, so lange es andere zahlen. Wenn Sie die Haltung haben, seien Sie doch ehrlich und sagen, dass Sie nicht möchten, dass etwas gemacht wird. Aber Sie müssen nicht sagen, die Motion sei erfüllt, denn das ist sie nicht. Der Finanzhaushalt und die Organisation sind in der Grobanalyse sicher nicht grundlegend hinterfragt worden. Man hat analysiert, ob die Zahlen aussagekräftig sind oder nicht. Die Ursache und die Mehrkosten sind nicht analysiert worden, das Potenzial ist nicht bestimmt worden und es sind auch keine Handlungsoptionen für die Effektivitäts- und Effizienzsteigerung definiert worden. So gesehen ist die Motion zum heutigen Zeitpunkt überhaupt nicht erfüllt. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Wir müssen uns die Mühe und den Aufwand einmal machen, vielleicht ist es sogar beispielhaft für andere Gemeinden, das wirklich einmal zu durchleuchten. Der Gemeinderat ist, mit Ausnahme der Kritikpunkte, die wir jetzt angebracht haben, auf einem guten Weg. Der Bericht hat Sie in die Irre geführt, wenn Sie sich auf die Beilage 4 beziehen und einfach die freiwilligen Aufgaben anschauen. Sie müssen auch z.B. die Beilage 3,

Konrad Durrer (L2O)

Roger Jenni (FDP)

Thomas Zemp (CVP)

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

die gebundenen Aufgaben mit organisatorischen Freiheiten, anschauen. Wenn Sie die einzelnen Kostenstellen auseinandernehmen, werden Sie ein differenziertes Bild erhalten, das dann nicht nur nein/ja heisst, sondern u.U. auch wieder ja/ja, weil die zum Teil so zusammengefasst sind. Auch mit den organisatorischen Freiheiten, gerade dort muss man schauen, wie weit man diese nutzt und wie weit man dort effektiv und effizient arbeitet. Das können Sie nur machen, wenn Sie das einmal vertieft analysieren und nicht einfach den Aufwand scheuen.

Zu den organisatorischen Freiheiten: Bei meinem Eintreten habe ich die genau gleich erwähnt, wie die freiwilligen Leistungen. Ich möchte noch einmal zurückkommen auf das Votum von Herrn Zemp, im Rahmen eines Planungsberichtes sollen Analyseergebnisse dargestellt werden, diese sind vorhanden, zum Potenzial haben wir vier Beilagen erhalten und bei den Handlungsoptionen haben wir gesehen, dass man sogar schon anfängt zu sparen. Meines Erachtens ist von allen drei Punkten etwas vorhanden. Ich nehme auch in dem Sinn den Finanzsekretär ernst, der in der GPK gesagt hat: "Die Hinterfragung der erbrachten Leistungen gehört zu den permanenten Aufgaben einer modernen Betriebsführung." Und der Gemeindeammann hat bestätigt, dass das so ist. Darum nochmals, sparen wir uns doch die über 100'000 Franken, den grössten Nutzen davon haben nämlich die beauftragten Berater, sie können nachher ihre Erfahrung und Ihr Wissen teuer verkaufen mit unserem Geld.

Konrad Durrer (L2O)

Wir haben den Beschluss nicht leichtfertig gefasst und ich verwehre mich gegen die Aussage von Thomas Zemp, dass es der L2O gleich sei. Wenn das wirklich so wäre, müsste wir nicht die Zeit auf uns nehmen und im Rat sitzen. Die Auslegeordnung ist gemacht, wir können reagieren im Finanz- und Aufgabenplan und im Budget. Auf der vorhandenen Grundlage können wir aufbauen. Ob uns die vertieften Zahlen noch neue Erkenntnisse bieten, ob die anderen Gemeinden gewillt sind, an dem Ganzen mitzumachen, obwohl der Aufwand, solche Zahlen zu erarbeiten, riesig ist; es kann sein, dass das etwas bringt. Man muss einfach den Aufwand im Auge haben und ob Sie dann wirklich mit dem Resultat zufrieden sind und ob es Sie auch weiterbringt, das ist nicht gewährt.

Jörg Stalder (L2O)

Es bestreitet niemand, dass wir beim Finanz- und Aufgabenplan und beim Budget Einfluss nehmen können, das lässt aber den Gemeindevergleich aus. Nur der Vergleich zeigt, wo wir mit unseren Leistungen stehen.

Roger Jenni (FDP)

Es ist ganz klar, dass unsere Schwesterpartei gegen die Motion sein muss, denn diese ist ihr sehr unangenehm. Die L2O ist ja darauf spezialisiert, das Geld von anderen Leuten auszugeben. Die Zielrichtung der Motion ist aber genau die, dass man nur das Geld ausgibt, das erforderlich ist. Bei all den Rechnungen, die wir im Rat behandeln, ist es in der Regel so, dass nicht gespart wird, sondern es wird im besten Fall bloss weniger ausgegeben. Wir haben jetzt einen Teil 1 als Zwischenbericht zur Motion von Herrn Zemp. Der Gemeinderat, und das möchten wir von uns aus anerkennen, hat sich mit bemerkenswertem Elan hinter die Aufgabe gestellt und er ist ja willens, die Aufgaben zu Ende zu führen. Warten wir doch den Teil 2 ab, der Teil 1 wäre für sich, wenn wir die Motion jetzt beerdigen würden, ein Torso. Wir haben zwar ein paar Angaben, der Gemeinderat hat aber selber gesagt, dass da noch viel Ungenauigkeiten, Unwägbarkeiten usw. drinliegen, er arbeitet an dem. Es ist eine von den wichtigsten Motionen, die in den letzten Jahren eingereicht wurden, damit wir das, was viele sagen und viele fühlen endlich einmal unter die Lupe nehmen, nämlich ob Horw einen besonderen Standard hat und wenn ja, wie weit dieser gerechtfertigt ist. Wir werden auf jeden Fall den Antrag von Herrn Durrer ablehnen.

Alwin Larcher (SVP)

Herr Stalder, Ihr Votum, wonach man bei den Finanzplänen und den Budgets intervenieren könne, ist einfach nicht ganz aufrichtig. Wenn wir in der Vergangenheit Finanzpläne und Budgets angeschaut haben und irgendein Streichungsantrag von der anderen Seite kam, dann sind Sie der erste gewesen, der aufgestanden ist und gesagt, das sei unseriös und das müsse man vertieft anschauen und das könne man nicht einfach so streichen. Genau das propagieren Sie jetzt. Das ist doch jetzt die Chance, dass man gewisse Sachen vertieft anschaut, dass man die Analyse vertieft und dass man dann mit gutem Gewissen sagen kann, da ist Potenzial oder da ist kein Potenzial. Und stellen Sie sich vor, Sie würden das in einem Bereich machen, wo man noch ein Reglement ändern müsste und man müsste über den Finanzplan oder das Budget beschliessen und wir könnten gar nicht, weil noch ein Reglement vorhanden ist. Von daher ist das doch jetzt wirklich eine Chance, dass man das in Ruhe anschauen und langfristige Massnahmen treffen kann und nicht jedes Mal in der Hektik vom Budget und vom Finanzplan. Ich möchte beliebt machen, dass man die Analyse vertieft zu Ende führt und aufgrund von der Basis in Zukunft entscheiden kann.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Ich möchte noch einmal auf die Vergleichbarkeit zurückkommen, die Herr Jenni hervorgehoben hat. Ich bin der Auffassung, dass wir nachher die Vergleichbarkeit immer noch nicht haben. Ich habe versucht, das zu begründen, dass man einfach auf einem anderem Niveau wäre und wir vielleicht dann unter anderen Konstellationen über die Vergleichbarkeit streiten. Ich habe die Aspekte Qualität, Arbeitsanfall usw. erwähnt, die in den Zahlen nicht enthalten sind.

Konrad Durrer (LZO)

#### **Abstimmung:**

- 1. Der Planungsbericht über die Optimierung des Finanzhaushaltes der Gemeinde Horw wird einstimmig zur Kenntnis genommen.**
2. Antrag von Konrad Durrer, die Motion als erledigt abzuschreiben:  
**Der Antrag wird mit 5:23 Stimmen abgelehnt.**

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

## **8. B+A Nr. 1404 Finanz- und Aufgabenplan 2010 - 2015**

### **Eintreten GPK**

Mit dem Bericht und Antrag Nr. 1404 legt uns der Gemeinderat den Finanz- und Aufgabenplan für die Jahre 2010 - 2015 vor. Wie jedes Jahr hält die GPK einleitend fest, dass der Finanzplan ein rechtlich unverbindliches Führungsinstrument des Gemeinderates ist. Der Finanzplan soll aufzeigen, wie sich die finanzielle Situation der Gemeinde Horw aus heutiger Sicht in den kommenden Jahren entwickeln wird. Es ist also eine Prognose für die Zukunft, die mit Unsicherheiten verbunden ist. Es geht deshalb weniger um absolute Zahlen, als vielmehr um Entwicklungstendenzen. Der Finanzplan ist insofern ein hilfreiches Instrument, als dass er uns rechtzeitig auf Entwicklungsrichtungen aufmerksam macht und uns damit aufzeigt, auf welche Bereiche wir besonders achten müssen. Eckwerte: 19.2 Mio. Franken kumulierter Aufwandüberschuss über die Planperiode von 6 Jahren und eine Zunahme der Nettoschuld pro Einwohner von 1'705.00 auf 6'143.00 Franken bei einem gleich bleibenden Steuerfuss von 1.60 Einheiten. Damit zeichnet der Finanzplan ein wahrlich düsteres Bild. Es gab wohl seit langer Zeit keinen Finanzplan in der Gemeinde Horw, der derart negativ ausgefallen ist.

Thomas Zemp (CVP)

Zusammenfassend kommen wir zu folgenden Feststellungen und Hinweisen:  
Die Basis für den Finanzplan bilden die Rechnung 2008 und insbesondere das Budget 2009. Der Finanzplan rechnet mit einem über die ganze Planperiode gleich bleibenden

Steuerfusses von 1.60 Einheiten. Das bedeutet, der Steuerrabatt von 1/20 Einheit im 2009 wird in den kommenden Jahren nicht gewährt. Bei der wirtschaftlichen Entwicklung geht der Gemeinderat von einer sich über längere Zeit erstreckenden Rezession aus. Das Wachstum der Steuerkraft reduziert sich deshalb auf vorerst 2 %. Die Nachträge früherer Jahre sollen gar um 1.0 Mio. auf 2.0 Mio. Franken zurückgehen. Belastend auf der Einnahmeseite wirken sich aber auch die Steuergesetzrevision 2008 und insbesondere die ab 2011 aus. Weitere Aufwands- und Ertragsänderungen durch zusätzliche Dienstleistungen, Anschaffungen oder anderweitige Veränderungen sind in den verschiedenen Tabellen dargestellt. Besonders ins Gewicht fallen

- die Mehrausgaben für die Pflegefinanzierung mit 0.5 Mio. Franken ab 2011
- die Mehrausgaben für wirtschaftliche Sozialhilfe im Umfang von 0.2 – 0.3 Mio. Franken pro Jahr
- die Mehrausgaben für den öffentlichen Verkehr im Umfang von 0.27 Mio. Franken ab 2011

Betreffend Investitionen zeigt sich, dass in der Planperiode mit rund 57 Mio. Franken Netto-Investitionen gerechnet wird. Davon entfallen rund 15.5 Mio. Franken auf Spezialfinanzierungen. Die grössten Projekte sind:

- Oberstufenschulhaus: 15.2 Mio. Franken
- Gemeindehaus: 5.3 Mio. Franken
- Wasserversorgung: 12.0 Mio. Franken
- Massnahmen GEP und Sanierung Pumpwerke: 7.8 Mio. Franken
- Sanierung der St. Niklausenstrasse 12.8 Mio. Franken

Zu den Spezialfinanzierungen gibt es aus Sicht der GPK zur Zeit nichts anzumerken.

Trotz der massiv negativen Aussichten nimmt die GPK den Finanzplan zur Kenntnis. Es ist für die Kommission aber klar, dass eine Entwicklung, wie sie vom Finanzplan prognostiziert wird, völlig inakzeptabel ist. Sollten die Rechnung 2009 und das Budget 2010 die Entwicklung bestätigen, erwarten wir, dass der Gemeinderat im Finanzplan 2011 - 2016 konkrete Massnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation aufzeigt und berücksichtigt. Wir empfehlen dem Einwohnerrat, auf den B+A Nr. 1404 einzutreten und im Anschluss an die Detailberatung davon Kenntnis zu nehmen. Die GPK wird im Rahmen der Detailberatung noch die Überweisung einer Bemerkung beantragen.

### **Eintreten BVK**

Die BVK hat die baurelevanten Themen des Finanz- und Aufgabenplanes behandelt. Der Finanzplan sollte der BVK einen Ausblick geben, was in den nächsten fünf Jahren in die Immobilien und die Strassen investiert wird. In den nächsten Jahren kommen grosse Kosten auf unsere Gemeinde zu, um unsere guten Infrastrukturen beizubehalten und zu unterhalten, wie z.B. das Oberstufenschulhaus, das Gemeindehaus oder die Schwimmhalle Spitz, um nur einige Hochbauten zu nennen. Bei der Tiefbauabteilung sieht es nicht anders aus. Aufgrund der Zustandsaufnahme im Bereich Strassenbau, Wasser und Siedlungsentwässerung werden auch dort grössere Projekte anstehen. Die Gemeinde Horw hat in den letzten 40 Jahren durchschnittlich 6.1 Mio. Franken pro Jahr investiert. In Zukunft müssen wir mit jährlichen Investitionen von 10 Mio. Franken rechnen. Woher das zusätzliche Geld genommen wird, wissen wir zurzeit nicht. Durch Etappierungen können wir die Kosten auf verschiedene Jahre verteilen. Die vorgesehenen Investitionen werden wir mit einem separaten B+A erhalten, die BVK wird die Projekte dann im Detail prüfen. Die BVK nimmt den B+A einstimmig zur Kenntnis, wir werden in Detailberatung noch einige Bemerkungen anbringen.

Reto Deschwanden  
(CVP)

### **Eintreten GSK**

Die GSK hat alle Positionen aus den sozial- und gesundheitsrelevanten Bereichen geprüft. Im Sozial- und Gesundheitsbereich sind viele Ausgaben gebunden, d.h. sie sind vom Kanton gesetzlich vorgegeben. Die Gemeinde muss diese erfüllen und hat zum Teil wenig Spielraum, wie z.B. bei Zahlungen an die Heimfinanzierungen oder Ergänzungsleistungen. Andererseits ist vieles im Fluss, d.h. zum Thema Pflegefinanzierung, die voraussichtlich 2011 in Kraft treten wird, sind noch immer keine klaren und verlässlichen Aussagen möglich. Einzig so viel ist sicher, dass die Pflegebedürftigen finanziell entlastet werden und dass dies Mehrkosten für die Gemeinde bedeutet. Auch im Bereich der wirtschaftlichen Sozialhilfe werden wieder Mehrkosten anfallen. Die schlechte Wirtschaftslage macht sich da bereits bemerkbar und die Gemeinde hat mehr Fälle zu betreuen als auch schon. Positiv ist, dass das Kirchfeld im letzten Jahr kostendeckend gearbeitet hat und sich in Zukunft selber finanzieren kann. Belastungen, die die neue Pflegefinanzierung mit sich bringt, sind da noch nicht berücksichtigt worden und daher auch nicht absehbar. Die GSK nimmt den Finanz- und Aufgabenplan einstimmig zur Kenntnis und ist für Eintreten.

Heidi Pieper-Berdux  
(FDP)

### **Eintreten CVP**

Die Diskussion innerhalb der CVP-Fraktion über den Finanz- und Aufgabenplan brachte folgende Resultate: Wir müssen hier festhalten, dass in diesem Dossier keine erfreulichen Informationen enthalten sind. Dies erkennt man vor allem an den Tendenzen der Leitsätze der Finanzpolitik der Gemeinde Horw. So fallen z.B. der Leitsatz 1: "Die Gemeinde Horw präsentiert im Durchschnitt von 5 Jahren eine ausgeglichene Rechnung" sowie Leitsatz 2: "... Nettoverschuldungsrad liegt unter 120 %" weit ausser Traktanden.

Urs Hediger (CVP)

Die Schwierigkeit in der jetzigen Zeit liegt sicherlich auch darin, dass immer häufiger diverse Aufgaben von oben, sprich Stufe Kanton, nach unten, sprich Stufe Gemeinde, delegiert werden, und man nicht immer abschätzen kann, wann dies eintreffen wird und in welche Richtung, sprich in welchem Umfang, dies geschehen wird. Hier müssen Annahmen getroffen werden, welche sich dann im Finanzplan konkret negativ niederschlagen. Es ist sicherlich aber richtig, dass man eine allfällige negative Entwicklung klar darstellt und nicht versucht, die Tendenzen durch überpositive Annahmen zu beschönigen. Hier gilt es sicherlich, die Entwicklung genau zu beobachten, um dann die richtigen Lösungsansätze in den nächsten Budgetdebatten einfließen zu lassen. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1404.

### **Eintreten SVP**

Auf 36 Seiten versucht der Gemeinderat dem Einwohnerrat schmackhaft zu machen, dass unser gesamtes, mühsam geäuftes Kapital bis 2012 verschwunden sein wird und über die ganze Planperiode ein Aufwandüberschuss von 19.2 Mio. Franken realisiert wird. Da wird es offensichtlich, dass die Optimierung vom Finanzhaushalt der Gemeinde Horw vordringlich ist. Bemerkenswert ist, dass zwar ein gleich bleibender Steuerfuss vorgesehen ist, tatsächlich ist aber zu vermuten, dass auf dem Weg der Zwangsläufigkeit eine Wiedererhöhung von dem wichtigen Satz angestrebt wird. Der Finanzvorstand plädiert für Sparen und für Sparen ist grundsätzlich auch der Gemeinderat, aber der Tatbeweis fehlt. Es ist zu vermuten, dass bei der Erarbeitung des Planes, den wir erhalten haben, alle Gemeinderäte mit einer Wunschliste angerückt sind und die ist dann gegenseitig akzeptiert worden nach dem Prinzip "Gibst du mir die Wurst, so lösche ich dir den Durst". So ist ein Maximalkatalog entstanden, der wenig Brauchbares für die Marschroute in die nähere Zukunft ergibt. Man überlässt es wieder einmal dem Einwohnerrat, Abstriche zu machen und für die muss er dann gegenüber der Öffentlichkeit und dem Personal gerade stehen und die alleinige Verantwortung, sprich den Schwarzen Peter übernehmen. Am liebsten würden wir den wenig dienlichen Plan als unzustellbar dem Absender zurückschicken. Wir wissen aber, dass der Finanz- und Aufgabenplan wenig Verbindlichkeit hat. Zudem estimieren wir die Arbeit vom Finanz-

Alwin Larcher (SVP)

departement und vom Gemeinderat generell. Wir wissen auch, dass es Vorschrift ist, so einen Plan zu machen und sehen darum davon ab. Das Budget, das uns demnächst vorgelegt wird, wird hoffentlich mehr und konkreteren Aufschluss über die eingeschlagene Marschroute für das nächste Jahr und vielleicht auch ein wenig in die Zukunft geben. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf den B+A Nr. 1404.

### **Eintreten FDP**

Der Finanz- und Aufgabenplan ist ein praktisches Führungs- und Planungsinstrument. Die Situation bzw. Entwicklung für die kommenden Jahre wird so in einem strukturierten Rahmen dargestellt. Die Richtung für die kommenden Jahre - gesteuert durch externe wie auch interne Faktoren – bilden das finanzielle "Korsett" der Gemeinde Horw. Der Bericht zeigt die notwendige Sensibilität von speziellen Ereignissen gut auf.

Die Leitziele der Gemeinde Horw können – wie schon im Vorjahr – nicht erreicht werden. Negative Rechnungsabschlüsse sowie ein inakzeptabler Verschuldungsgrad sind keine erstrebenswerte Ziele und Vermächnisse für die nächste Generation. Das dargestellte Verdichtungspotenzial von noch unüberbauten Bauzonen wird realistischere fröhestens in 30 bis 40 Jahren erreicht (das Anwachsen der Einwohnerzahl von 10'000 auf 13'000 erstreckte sich von 1967 bis 2009). Bei den ausgewiesenen Investitionen liegt der Durchschnitt deutlich über demjenigen der letzten 40 Jahre; hier gilt es, das Notwendige vom Wünschbaren zu trennen. Auch die gezielten Verkäufe von Finanzvermögen sind nicht der Rede wert, die Erträge daraus ein Tropfen auf einen heißen Stein. Der Verkauf von Substanz ist nicht nachhaltig; es werden Alternativen wie z.B. das Baurecht vermisst.

Die Zeichen stehen auf rot, eine klare Auflistung der nötigen Massnahmen wird von der FDP-Fraktion vermisst, denn der Finanzplan ist eine Fortschreibung des Negativtrends. Die entscheidende Bedeutung kommt schlussendlich dem Budget zu. Die FDP-Fraktion nimmt den B+A Nr. 1404 zur Kenntnis.

### **Eintreten L20**

Die L20 hat sich mit dem Finanz- und Aufgabenplan der Gemeinde Horw 2010 – 2015 intensiv auseinandergesetzt und festgestellt, dass einige Massnahmen wortwörtlich aus dem letzten Finanz- und Aufgabenplan auch diesmal wieder auftauchen. Gut so, denn so lassen sich die Auswirkungen verfolgen und ich kann teilweise das Eintreten vom letzten Jahr wiederholen.

Leider zeigt sich ein unerfreuliches Bild für die Zukunft. Die verschiedenen Steuerrevisionen und Steuersenkungen zeigen jetzt ihre Auswirkungen. Auch die Abschiebetendenzen von Bund und Kanton und die momentan schlechte Wirtschaftslage tragen dazu bei.

#### Zum Investitionsvolumen in nächster Zeit:

- Das Oberstufenschulhaus ist unbedingt prioritär zu behandeln. Die Planung und der Bau müssen forciert werden. Es darf nicht zu Gunsten anderer Investitionen zurückgestellt werden.
- Der Ausbau des Radwegnetzes, z.B. die Verbindung Ost-West, sollte wieder in den Finanz- und Aufgabenplan aufgenommen werden.
- Einsparmöglichkeiten gäbe es eventuell beim Strassenprojekt Utohorn – Post Kastanienbaum. Mit einem tieferen Tempo könnten dort mehrere Probleme auf einen Streich gelöst werden: Verzicht auf grosszügige Verbreiterung der Strasse = schnellere Bereinigung der hängigen Einsprachen = geringere Bau- und Anwaltskosten.

Urs Röllli (FDP)

Franz Leipold (L20)

Wir finden, dass es sinnvoll ist, wenn sich die öffentliche Hand in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten antizyklisch verhält.

Zum Konzessionsvertrag mit der CKW. Sie will mehr – gibt aber weniger. Wo bleibt da der freie Markt?

Zu den Massnahmen:

Unserer Meinung nach sollte die Gemeinde zur Generierung von Steuersubstrat nicht nur auf wenige Grosse - sprich Schlüsselkunden setzen. Es bleibt zu hoffen, dass die Zuwanderungen von neuem Steuersubstrat in die zwei Blöcke in Kastanienbaum trotz der horrenden Preise auch längerfristig einen Steuerertrag abwerfen und nicht nur einmalige Handänderungssteuer.

Wir machen ein Fragezeichen zum Rückgang der Schülerzahlen. Haben die Neuzuzüger keine Kinder? Eine Gemeinde sollte auch attraktiv für Familien sein. Vielleicht werden dadurch die Schülerzahlen in Zukunft wieder anwachsen.

Oder die tiefen geplanten Ausgaben bei der Sozialhilfe. Reicht das in der jetzigen und zukünftigen Situation?

Oder die sehr optimistisch prognostizierten Steuereinnahmen durch Zuzüge, wenn im letzten Jahr trotz aller Massnahmen nur ein Zuwachs von 300'000.00 Franken schon als Erfolg gewertet werden muss.

Auch die geplanten Liegenschaftsverkäufe für 2.4 Mio. Franken sind ein Verkauf von Substanz.

Die Aussichten sind nicht rosig, die Einnahmen müssen längerfristig vermehrt werden, damit wieder ausgeglichene Rechnungsabschlüsse erfolgen. Auch mit dem Steuerfuss haben wir die weitere Zukunft selber in der Hand. L2O ist für Eintreten und nimmt den Finanz- und Aufgabenplan zur Kenntnis.

Der Finanz- und Aufgabenplan ist eine Momentaufnahme und bietet mit den bestehenden Kennzahlen einen Überblick für die nächsten Jahre. Die Hauptursachen der Kennzahlen muss ich nicht wiederholen, aber eines möchte ich ergänzen bzw. bekräftigen, was zu den Investitionsprojekten gesagt wurde. In den letzten 20 Jahren wurde im Bereich von 4.0 bis 6.0 Mio. Franken pro Jahr investiert, dieser Betrag reicht heute aber nicht mehr aus. Was heisst das? Einerseits kann man sagen, es sei die Teuerung, andererseits kann man sagen, wir haben Investitionen schon lange aufgeschoben, aber irgendwann muss man die Strasse oder das Gebäude sanieren, damit wir überhaupt den Horwer Standard halten können. Das muss aufgezeigt und kalkuliert werden und sind darum Massnahmen, von denen Sie gesagt haben, dass diese nicht allzu neu sind. Schon der letzte Finanz- und Aufgabenplan sagt, im Rahmen der Ortsplanung Möglichkeit beschaffen, die Investitionen staffeln, etappieren. Förderungen von Zuwanderung für das Steuersubstrat hat einen Zusammenhang mit der Ortsplanung, aber auch die gezielten Verkäufe, noch nicht vom Gold- oder Silberbesteck, sondern wirklich Sachen, die man nicht mehr benötigt, auch nicht als Landreserve. Dann die Leistungen, und das ist neu, im Zusammenhang mit der Motion Nr. 261, die wir überprüfen werden, ob noch Potenzial vorhanden ist. Generell darf man sagen, dass wir einen grossen Teil der Kennzahlen vom Kanton übernommen haben, man hat diese im Rahmen der Klausur im Frühling diskutiert, wo wir gesagt haben, wie die Entwicklung aussieht bei der Bevölkerungszunahme, die Entwicklung vom Steuersubstrat, das hat der Gemeinderat damals ausführlich ausdiskutiert und das gab die Vorgaben für den Finanz- und Aufgabenplan.

Gianmarco Helfenstein  
(CVP)

## 7. Fragestunde

anschliessend

### Detailberatung B+A Nr. 1404

#### 1.3 Beurteilung

Bei den Hauptursachen ist aufgelistet, dass grössere Investitionsprojekte anstehen, z.B. bei der Wasserversorgung 12.0 Mio. Franken. Die BVK möchte anmerken, dass man dort erst weiterprojektieren sollte bis man weiss, ob die Gemeinde Kriens mit oder ohne Horw plant.

Reto Deschwanden  
(CVP)

Damals wurde mit Kriens ein sog. "letter of intent" unterzeichnet, in dem es um die 1. Etappe ging und darin ist festgehalten, dass wir 2010 von Kriens die Antwort erwarten, ob sie mit uns weitermachen. Wir wissen die Antwort jetzt noch nicht, aber wir können nächstes oder übernächstes Jahr reagieren, wenn irgendetwas anders wird. Im Moment muss man aber davon ausgehen, dass es so ist und müssen es natürlich auch im Finanzplan aufzeigen.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

#### 1.2 Kennzahlen, Rückkommen

In der Titelzeile muss es heissen: Kennzahlen gemäss Finanz- und Aufgabenplan 2010 - 2015 statt 2009 - 2014.

Urs Hediger (CVP)

#### 1.4 Massnahmen

Auf Seite 6 heisst es: "Gezielte Verkäufe von Finanzvermögen mit Buchgewinnen sollen realisiert werden." Da lohnt sich die Alternative vom Baurecht zu prüfen, das kann zurzeit eine attraktive Sache sein und hat auch eine gewisse Nachhaltigkeit.

Roger Jenni (FDP)

#### 2.3. Liegenschaften

Die BVK hat zwei Bemerkungen:

1. Die BVK ist einstimmig dafür, die Kleinschwimmhalle Spitz zu sanieren und die 950'000 Franken zu investieren.
2. Bei der Sanierung des Oberstufenschulhauses sind die 15.3 Mio. Franken ein höherer Betrag als im letztjährigen Finanzplan. Wir sind sehr gespannt auf den B+A, der hoffentlich bald vorliegt, denn es ist eine dringliche Massnahme, die man in nächster Zukunft angehen muss.

Reto Deschwanden  
(CVP)

#### 2.14 Verkehr

Zum Verkehr haben wir zwei Sachen:

1. Das Radwegnetz auszubauen ist in der Priorität C und es sind keine Beträge eingesetzt. Wir haben in Horw grundsätzlich ein gutes Radwegnetz, ein Ausbauen wäre aus unserer Sicht erwünscht und wir würden es begrüessen, wenn dort ein Betrag eingesetzt würde.
2. Zum Buskonzept ist in der BVK erklärt worden, dass der Betrag mit dem Taktfahrplan ab 2014 eingesetzt werden muss. Ist das jetzt noch aktuell nachdem man die Medienberichte über Hergiswil gehört hat? Herr Helfenstein hat ja auch einen Vorstoss im Kantonsrat eingereicht. Weiss man da schon etwas mehr?

Jörg Stalder (L20)

Die Anfrage ist nur teilweise befriedigend vom Luzerner Regierungsrat retour gekommen, er schiebt das ein wenig auf den Nidwaldner Regierungsrat ab. Wir werden beim Regierungsrat noch schriftlich vorstellig werden, dass wir wirklich Support geben wollen und dass da entsprechende Aktionen unternommen werden müssen, denn der Gegen-

Gianmarco Helfenstein  
(CVP)

wind, der dem Nidwaldner Regierungsrat entgegenbläst ist im Moment sehr stark. Das Problem ist aber erkannt und wir werden uns entsprechend engagieren.

Im Rahmen der Ortsplanung hat man gesehen, dass wir in der Nord-Süd-Verbindung ein gutes Radwegnetz haben. Bei der Ost-West-Verbindung gibt es allenfalls noch Möglichkeiten um das zu verbessern, aber das ist für uns in der Priorität C. Man hat aufgezeigt, dass man in dem Bereich noch etwas machen müsste, aber im Moment haben wir noch keine Anhaltspunkte und darum auch keine Zahlen.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

Die BVK hat zwei Bemerkungen:

Reto Deschwanden  
(CVP)

St. Niklausenstrasse:

Der Ausbau hat ja noch nicht begonnen, weil ein paar Einsprachen hängig sind. Die neue St. Niklausenstrasse haben wir mit Tempo 50 projektiert, das beinhaltet aber Schwierigkeiten mit der Sicherheit bzw. den Vorgaben des Kantons zur Sichtweite bei Ausfahrten. Das hat zur Folge, dass bei einigen Grundstücken Mauern zurückversetzt werden müssen. Die Kosten von ca. 0.5 Mio. Franken für diesen Rückbau müsste die Gemeinde übernehmen. Die BVK möchte anregen Tempo 30 zu prüfen, damit der Abbruch der Mauern verhindert werden kann und mit dem Bau der St. Niklausenstrasse früher angefangen werden kann.

Groberschliessung Bahnhof-Süd:

Das Projekt Bahnhof-Süd hat ein grosses Potenzial für unsere Gemeinde. Die BVK möchte anregen, dass für die Erschliessungskosten ein fairer Perimeter erstellt wird, damit niemand bevorteilt oder benachteiligt wird. Man muss auch darauf achten, dass Investoren im Gebiet Bahnhof Süd gegenüber Investoren anderer Baugebiete nicht bevorzugt werden.

Zur St. Niklausenstrasse kann ich sagen, dass wir im Moment die Bedeutung von Tempo 30 prüfen lassen. Auch da könnten Einsprachen kommen, andere wiederum könnte man erledigen, das abzuwägen ist im Moment noch in der Abklärung.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

Zum Bahnhof-Süd kann ich sagen, dass wir immer schauen, über die ganze Gemeinde kein Präjudiz zu schaffen. Wir prüfen immer, wenn wir einen Entscheid irgendeiner Art treffen, ob das Präjudiz für eine anderes Quartier oder ein anderes Geschäft geben kann.

Zentralbahn

Wenn man jetzt hört, dass Nidwalden mit dem Doppelspurausbau derart bockig tut, ist zu befürchten, dass man bis 2020 noch keine vernünftige Lösung mit dem Taktfahrplan hat. Ich möchte den Gemeinderat bitten, dass man bei der Zentralbahn mit Nachdruck darauf drängt, dass der Zugtakt geändert wird, damit wir endlich die Schnellzugshalte in Horw haben. Es ist völlig unverständlich, dass die zweitgrösste Gemeinde an der Zentralbahn derart stiefmütterlich behandelt wird, auch wenn wir als Verbindungen in die Stadt die Linien 20 und 21 haben. Wenn Sie nachher den Entwicklungsschwerpunkt Südbahnhof anschauen, der massiv Leute bringen sollte, wenn Sie das Technikum anschauen, darf man wohl von der Zentralbahn erwarten, dass sie sich einen Ruck gibt und wenn es auf der baulichen Schiene nicht möglich ist, den Viertelstundentakt einzuführen, dass sie es wenigstens betrieblich versuchen und dann ist es mir eigentlich gleich, ob die Schnellzüge noch in Hergiswil halten, wenn die Nidwaldner das nicht wollen. Man muss die Leute auch irgendwo spüren lassen, dass noch andere Gemeinden an der Ader hängen, die vielleicht ein wenig mehr Einwohner haben als sie selber und die bisher bezüglich Lärmbelastung mindestens ebenso zum Handkuss gekommen sind wie sie selber in Hergiswil.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Ich bin kein Befürworter von Tempo 30-Zonen, wenn sie aber Sinn machen, unterstütze ich sie. Im vorliegenden Fall der St. Niklausenstrasse wäre das sicher zu prüfen. Ich habe die Bitte an den Gemeinderat, wenn es finanziell allenfalls Änderungen gibt, wenn man Tempo 50 belassen möchte, oder wenn man Tempo 30 machen möchte und es finanziell gleich bleibt, noch einmal einen revidierten Bericht und Antrag mit der neuen Ausgangslage vorzulegen. Es ist klar, dass ein bewilligter Kredit und ein bewilligtes Projekt vorhanden sind, es wäre aber eine Projektänderung, wie sie der Rat nicht vorgesehen hat. Infolgedessen würde es sich rechtfertigen, dass man noch einmal einen Bericht und Antrag mit dem Konzept einer 30er-Zone bringt.

Roger Jenni (FDP)

Es ist nicht so, dass wir günstiger bauen, wenn man Tempo 30 realisieren würde, sondern es ist eher so, dass man einen Nachtragskredit einholen müsste, wenn wir bei Tempo 50 bleiben würden. Im Moment werden die Massnahmen für Tempo 30 geprüft, es ist noch nichts entschieden. Die Signalisation würde bis zur Einmündung Sonnhaldenstrasse gehen, es geht also nur um die engsten Bereiche, wo die Sichtprobleme sind. Wir haben ein Tempo 30-Konzept und das werden wir einhalten.

Manuela Bernasconi (CVP)

Es war von Ihnen vorgesehen, dass Sie mit dem Ihnen zur Verfügung stehenden Kredit, Tempo 50 machen können. Jetzt haben Sie sich in Unkenntnis der Auflagen verschätzt, so dass eine 0.5 Mio. Franken fehlen. Wenn man das Projekt so umsetzen möchte, wie Sie uns das ursprünglich vorgeschlagen haben, müssten Sie ohnehin mit einem Nachtragskredit kommen. Jetzt kehren wir das und sagen, wir machen Tempo 30, das würde auch keine Mehrkosten verursachen. Sie können sich dem entziehen, dass der Wille des Rates missachtet wird, indem Sie die Variante a, 500'000 Franken Mehrkosten bei Tempo 50, vs. Variante b, 30er-Zone mit Einhaltung des Kredites, noch einmal vorlegen. Dann kann man darüber noch einmal diskutieren, was sinnvoll ist und was nicht. Die Frage ist noch nicht beantwortet, ob Sie noch einmal mit einem Bericht und Antrag kommen oder wie Sie das weitere Vorgehen sehen.

Roger Jenni (FDP)

Ich habe gesagt, dass das im Moment in der Prüfung ist und kann deshalb noch nicht sagen, ob wir einen neuen B+A vorlegen. Wenn es nur um Tempo 30 geht, wahrscheinlich nicht, denn das liegt nicht in der Kompetenz des Einwohnerrates. Wenn ein Nachtragskredit benötigt wird, selbstverständlich ja.

Manuela Bernasconi (CVP)

Ich möchte zum Eintreten der GPK eine Ergänzung anbringen: Wir haben dort zur Kenntnis genommen, dass die Kompensation durch die Steuersenkungen sehr optimistisch eingeschätzt wird. Man hat das Gefühl, innerhalb von drei Jahren würden so viele Leute den Wohnsitz wechseln und uns 2.0 Mio. Franken mehr Steuereinnahmen bringen.

Konrad Durrer (L20)

Die Geschäftsprüfungskommission hat einen Antrag für eine Bemerkung. Sie gehört eigentlich zum Punkt 1.2 Kennzahlen und lautet:

Thomas Zemp (CVP)

"Die im Finanzplan aufgezeigte Entwicklung über die nächsten 6 Jahre zeigt ein sehr unerfreuliches Bild. Ein kumulierter Aufwandüberschuss von 19.1 Mio. Franken und eine Zunahme der Verschuldung auf 6'143 Franken pro Einwohner sind inakzeptabel. Sollte sich die aufgezeigte Entwicklung durch das Ergebnis der Rechnung 2009 und das Budget 2010 bestätigen, erwarten wir, dass im Finanzplan 2011 - 2016 Massnahmen gegen diese Entwicklung aufgezeigt und berücksichtigt werden."

**Abstimmung:**

Antrag der Geschäftsprüfungskommission auf folgende Bemerkung:

"Die im Finanzplan aufgezeigte Entwicklung über die nächsten 6 Jahre zeigt ein sehr unerfreuliches Bild. Ein kumulierter Aufwandüberschuss von 19.1 Mio. Franken und eine

Irène Zingg-Vetter (FDP)

Zunahme der Verschuldung auf 6'143 Franken pro Einwohner sind inakzeptabel. Sollte sich die aufgezeigte Entwicklung durch das Ergebnis der Rechnung 2009 und das Budget 2010 bestätigen, erwarten wir, dass im Finanzplan 2011-2016 Massnahmen gegen diese Entwicklung aufgezeigt und berücksichtigt werden."

**Der Bemerkung wird mit 27:0 Stimmen zugestimmt.**

**Abstimmung Beschluss:**

**Der Finanz- und Aufgabenplan 2010-2015 wird 22:0 Stimmen zur Kenntnis genommen.**

Wir haben bei der Abstimmung eine ganze Anzahl von Enthaltungen gehabt. Ich möchte anregen, dass im Protokoll nicht 22:0 Stimmen, sondern 22:0 Stimmen bei entsprechend vielen Enthaltungen festgehalten wird, denn das ist ja auch von Bedeutung.

Alwin Larcher (SVP)

Das ergibt sich aus den Stimmen, die zugestimmt und die nicht dagegen gestimmt haben. Die, die nicht dagegen gestimmt haben, haben sich enthalten.

Irène Zingg-Vetter (FDP)

Das ergibt sich möglicherweise, es könnten aber genauso gut fünf Ratsmitglieder nicht im Saal sein und dann ergibt es sich nicht. Bewusste Enthaltungen werden auch in den Kommissionen festgehalten, warum nicht im Einwohnerrat?

Alwin Larcher (SVP)

**9. Dringliche Motion Nr. 263/2009 von Thomas Zemp, CVP, und Mitunterzeichnenden: Wahl der Delegierten in verschiedene Gemeindeverbände**

Bei zwei Gemeindeverbänden passieren Veränderungen, nämlich Zusammenschlüsse. Ich bezwecke mit der Motion einerseits, dass wir darüber informiert werden und wissen, was die Aufgabe von den fusionierten oder zusammengeschlossenen Gemeindeverbänden ist und dass wir nachher aufgrund von dem Wissen beurteilen können, ob wir noch die richtigen Leute in die Gemeindeverbände delegiert haben. Ich möchte keine Personaldiskussion führen, das können wir machen, wenn die Motion überwiesen worden ist und wir wissen, was die künftigen Aufgaben in den Gemeindeverbänden sind. Ich bitte Sie, der Motion zuzustimmen.

Thomas Zemp (CVP)

Heute haben wir auf der einen Seite den GALU und den GKLÜ auf der anderen Seite. Diese werden via der sog. Absorptionsfusion zum REAL geführt, d.h. die ganzen Aufgaben vom GALU werden in den neuen Verband integriert. Von daher ist klar, dass die Funktion der Delegierten, die heute im GALU ist, entfällt, weil die Aufgaben durch den GKLÜ übernommen werden, einfach mit dem neuen Namen REAL. Die Delegierte, die jetzt für den GKLÜ gewählt ist, ist auch Delegierte im REAL.

Markus Hool (FDP)

Beim RPV, Raumplanungsverband, ist es so, dass dieser Aufgaben vom Verein LuzernPlus übernimmt und es eine Zweckänderung gibt, eine Erweiterung. Er bleibt aber als Verband bestehen und aus dem RPV wird nachher LuzernPlus. Das Ganze ist ein sog. Entwicklungsträger. LuzernPlus ist heute ein Verein, in dem Frau Bernasconi im Vorstand ist, beim RPV ist Frau Bernasconi Delegierte. Von der Seite her ist es auch klar, dass es diesbezüglich keine Änderung ist. Konkret haben Sie die Delegierten am 4. September 2008 gewählt und in der Gemeindeordnung heisst es: "Der Einwohnerrat wählt für eine Amtsdauer von vier Jahren.... die Delegierten in die Gemeindeverbände". In dem Sinn gibt es keine Veränderung.

Es stimmt, dass die Delegierten für vier Jahre gewählt sind, aber im Hinblick darauf, was die Aufgaben sind und was der Verband ist. Jetzt werden zwei Verbände fusioniert, GKLÜ und GALÜ, und jetzt bekommt der eine Verband eine andere Aufgabe zusätzlich zu denen, die er hatte. Damit bekommen auch die Delegierten eine andere Aufgabe, sie sind zwar immer noch Delegierte, aber sie haben auch fachlich eine andere Aufgabe. Da kann man nicht kommen, man sei für vier Jahre gewählt und damit hat es sich. Wenn Sie nachher eine Gemeindefusion anschauen, z.B. Hitzkirch oder Ettiswil, die fusioniert haben, dort wurden auf die neue Legislaturperiode sämtliche Gemeinderäte neu gewählt. Dort sind keine neuen Aufgaben dazugekommen, es waren einfach Gebietserweiterungen. Jetzt sehe ich nicht ein, warum man bei zwei Verbänden, denen neue Aufgaben übertragen werden, beim RPV ist es noch mehr als nur LuzernPlus und ganze andere Aufgaben, als er bisher gemacht hat und von daher ist es gerechtfertigt, dass man die Delegierten von unserer Gemeinde noch einmal neu wählt. Die Frage ist auch beispielsweise beim REAL, warum die eine Person und die andere nicht, lösgelöst von den konkreten Personen, aber was ist der Hintergrund und wer bestimmt warum? Wir sind das Wahlorgan und wir müssen doch sagen können, wer in einem Verband Einsitz nimmt.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Mir ist auch klar, wie es in der Gemeindeordnung steht und dass eine Neuwahl nicht notwendig ist. Wenn es notwendig wäre, hätte ich die Motion auch nicht machen müssen. Es ist aber nicht mehr als recht, wenn wir als Wahlgremium noch einmal darüber befinden können. Die Ausführung, die der Gemeindepräsident zu dem neuen Entwicklungsträger gemacht hat, war schon sehr knapp. Ich möchte gerne einmal sehen, was die sich für Statuten geben und was sie letztlich für eine genaue Aufgabe haben. Der Gemeinderat kann uns das im Zusammenhang mit einem kurzen Bericht und Antrag vorlegen, dann können wir allenfalls die gleichen Leute bestätigen oder wir wählen neue. Ich sehe keinen sachlichen Grund, warum man die Wahl nicht neu auflegen sollte.

Thomas Zemp (CVP)

Selbstverständlich kann ich die eine oder andere Ausführung machen, ich kann Ihnen auch die Statuten, so wie sie im Entwurf vom neuen Gemeindeverband LuzernPlus vorliegen, vorlesen. Das würde aber hier zu weit führen, Sie können sich ungefähr vorstellen, was das umfasst und ich komme nachher auch noch darauf zu sprechen.

Markus Hool (FDP)

Die Situation ist die, beim GALÜ und GKLÜ haben wir das Gefäss GKLÜ, das bestehen bleibt. Da wird gar nichts dazukommen, es gibt einfach einen neuen Namen. Daher ist es absolut folgerichtig, auch rechtlich, dass die delegierte Person klar ist, weil das Auffanggefäss der GKLÜ ist.

Im RPV und LuzernPlus, alt Bezeichnung, ist die Situation genau gleich. Das Gefäss, in das LuzernPlus alt hineinkommt ist der RPV und heisst nachher LuzernPlus. Das ist vielleicht ein wenig komisch, dass es dann wieder so heisst, aber das Auffanggefäss dort ist der Raumplanungsverband und von daher ändert sich an der Situation nichts. Der Verband wird nicht aufgehoben, er wird weitergeführt, einfach mit einer ergänzenden Zweckbestimmung. Das ist die rechtliche Situation und daher bleibt die Delegierte auch weiterhin und die Gemeindeordnung kommt entsprechend zum Tragen. Zu den Aufgaben vom neuen Verband LuzernPlus: Das Kerngebiet ist immer noch das, was der RPV gemacht hat, darüber wissen Sie bestens Bescheid. Er wird jetzt angereichert mit dem, was der Verein LuzernPlus alt bis dato gemacht hat, nur ist es nicht mehr der Verein, sondern es ist nachher in den Verband integriert. Ich kann Ihnen die Präambel, die Haupttitel geben, damit Sie sehen, was die Zielsetzung ist.

1. Positionierung der Region als Ganzes im Standortwettbewerb
2. Geordnetes Wachstum der Region nach innen
3. Wirkungsvolle Vertretung von gemeinsamen Interessen auf kantonaler, zentral-

- schweizerischer und nationaler Ebene
4. Bessere Nutzung von Synergien bei der öffentlichen Leistungserstellung
  5. Mitwirkung der Bevölkerung bei Belangen der Region
  6. Sicherstellung vom öffentlichen Leistungsangebot

Es geht jetzt um die restliche verbleibende Amtsdauer von 2 1/2 Jahren. Wenn die Idee wäre, dass die Legislatur auch vier Jahre dauert, gäbe es irgendwann ein Durcheinander mit der Periode von den Leuten, die in der Funktion sind. Es gäbe Überschneidungen, weil bereits 1 1/2 Jahre vergangen sind. Wie ist die Idee für eine der Lösung?

Roger Jenni (FDP)

Das ist das kleinste Problem. Der Stadtrat von Luzern ist auch für den Rest der Amtsperiode frisch gewählt worden und das ist bis Gesamterneuerungswahlen vom Kanton angeordnet werden und nachher werden wieder alle im gleichen Rhythmus gewählt. Es war bei den anderen fusionierten Gemeinden auch so und es wird hier auch so sein. Da wählt man die Delegierten für 2 1/2 Jahre bis wieder eine Gesamterneuerungswahl ansteht.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Aber Sie haben vom Gemeindepräsidenten gehört, es ist dann nicht mehr einfach nur Raumplanung, sondern es kommt auch die ganze Sache mit dem ÖV dazu, das ist der letzte Punkt, der von der Präambel zitiert wurde. Es wird also viel weiter gehen als nur Raumplanung und wenn man die anderen regionalen Entwicklungsträger im Kanton Luzern anschaut, haben die ganz massiven Einfluss auf ihre Region. Das sind nicht nur Zonenfestlegungen und Vertretung nach aussen, sondern da geht es effektiv um die Entwicklung der Region, inkl. Bundesgelder abholen und auch entsprechend einsetzen. Also hat es eine ganz andere Bedeutungen als das, was wir bis jetzt bei den zwei Verbänden hatten.

Zur Legislatur: Das ist genau das, was wir heute gemacht haben, wir haben für die restliche Legislatur ein neues Mitglied für den Gemeindeverband Amtsvormundschaft gewählt.

Thomas Zemp (CVP)

Ich möchte auf eine weitergehende Konsequenz hinweisen: Wenn man das so interpretiert ist die Frage, ob das nicht eine Änderung ist, die man gemäss Gemeindeordnung Art. 8 behandeln müsste und sagen, es sei ein Beitritt bzw. ein Aus- und ein Eintritt in einen neuen Gemeindeverband. Dann müsste man die Delegierten neu wählen. Wenn es aber so ist wie Herr Hool sagt, dass es eine Fusion ist und ein Verband weitergeführt wird, dann ist auch die Wahl für mich noch gültig.

Konrad Durrer (LZO)

Das hat man ja damals gefragt, als es zur Sprache stand, ob das ein Eintritt oder ein Austritt ist und es war klar, dass es eine Absorptionsfusion ist. Aber das haben Sie bei jeder anderen Fusion auch. Hitzkirch ist auch nicht aus etwas ausgetreten und neu gegründet worden, sondern man hat die anderen absorbiert und die Aufgaben der anderen Gemeinden übernommen. Ich sage es noch einmal, dort waren es immer die gleichen Aufgaben und trotzdem hat man das Gremium, die Exekutive, neu gewählt und hier soll es jetzt nicht der Fall sein. Bei jedem Verein, der fusioniert wird, werden die Organe neu gewählt, damit der fusionierte Verein wieder von den neuen Organen geführt wird, nur hier soll das nicht so sein. Und gerade von Ihrer Seite, wo Sie immer wieder das Demokratiedefizit bei den Verbänden bemängeln und sagen, es müsste eine vierte Ebene geben, die mehr Mitsprachemöglichkeit hat, jetzt, wo es um einen Verband geht, wo wir unsere demokratischen Möglichkeiten wahrnehmen könnten, haben Sie Zweifel. Das wäre jetzt eine Möglichkeit zu demonstrieren, dass die Demokratie nicht einfach eine Farce ist bei den Gemeindeverbänden, sondern dass das Realität ist.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Die Ausgangslage ist klar, wie sie Herr Hool geschildert hat, wir müssen das nicht machen. Ich möchte es aber machen, aus den Gründen, die aufgeführt wurden. Darum habe ich die Motion gemacht, damit wir das Wahlgeschäft noch einmal behandeln können, vor allem, dass man die Informationen, die Herr Hool bekannt gegeben hat, dass wir die auch in einer Art und Weise erhalten und studieren können. Die Statuten vom heutigen Regionalplanungsverband habe ich nicht im Kopf. Sie haben gesagt, was der neue Verband für eine Aufgabe hat, ich weiss nicht einmal genau, was der alte für eine hat, ich möchte das einmal vergleichen können und schauen, was tatsächlich ändert. Darum bitte ich darum, dass man das Gremium neu besetzen kann.

Thomas Zemp (CVP)

Es wird am Schluss den GALU nicht mehr geben, daher wird auch die Delegiertensituation obsolet. Den GKLÜ gibt es noch, einfach mit einem neuen Namen und mit einem ergänzten Zweck. So lange die Delegierte nicht zurücktritt, ist sie immer noch eine Delegierte und von daher gibt es keine Neuwahlen. In Bezug auf eine Zweckänderung ist von Herrn Durrer gesagt worden, wir könnten jetzt ein ganz anderes Gleis aufmachen und sagen, dass geht unter Art. 8 der Gemeindeordnung. Das ist nachher eine andere Situation, die eine Neubeurteilung braucht. Entweder lassen wir es so und sagen, es ist eine Zweckänderung und dann bleiben die Delegierten, die in dem Auffangbecken sind. Sonst gibt es Art. 8, Neueintritt in einen anderen Verband und dann ist es selbstverständlich, dass man Neuwahlen machen könnte. Wir sind ja nicht die einzigen, in den Verbänden sind dutzende von Gemeinden und alle verhalten sich genau gleich. Ich kann Ihnen sagen, wie die Situation in Kriens ist, die vergleichbar ist und wo notabene auch eine Motion mit plus minus dem gleichen Text eingegangen ist. Dort ist es so, dass die Geschäftsleitung des Einwohnerrates beantragen wird, die Motion nicht zu überweisen. Die Argumentation ist, dass keine neuen Verbände geschaffen werden und deshalb die Delegierten für die Amtsperiode gewählt seien.

Markus Hool (FDP)

Zu den demokratischen Möglichkeiten, die Herr Jung erwähnt hat: Es ist nicht so, dass wenn man jemand unterjährig auswechselt, dass dann die demokratischen Möglichkeiten anders sind. Was interessant an den neuen Verbänden ist, ist dass es ein Referendumsrecht gibt und das begrüssen wir sehr.

Konrad Durrer (L2O)

Können Sie aufzeigen, welche Personen das in welchem Verband betrifft? Wer ist jetzt in den Verbänden und wer wäre es nachher?

Urs Rölli (FDP)

Sie haben am 4. September 2008 gewählt:

Im GALU konnte man zwei Delegierte stellen, das sind Manuela Bernasconi und meine Person. Susanne Heer wurde als Stellvertreterin gewählt. Beim GKLÜ sind Susanne Heer als Delegierte und Manuela Bernasconi als Stellvertreterin gewählt worden. Das ist bei diesen Verbänden, die zum REAL werden und entsprechend bleibt auf Seite der GKLÜ Susanne Heer die Delegierte.

Markus Hool (FDP)

Im Regionalplanungsverband ist Manuela Bernasconi die einzige Delegierte, es konnte auch keine Stellvertretung gewählt werden. Im Verein LuzernPlus alt ist Manuela Bernasconi im Vorstand gewesen. Sie würde im neuen Entwicklungsträger mit dem Namen LuzernPlus als Delegierte weiterfungieren.

Ich weiss nicht, was in Kriens für Motionen eingegangen sind und es interessiert mich auch nicht, was die Geschäftsleitung, also das Büro des Einwohnerrates Kriens, für einen Antrag stellt. Aber letztlich ist es gemäss unserer Gemeindeordnung klar in der alleinigen Kompetenz des Einwohnerrates, die Delegierten, auf Antrag des Gemeinderates, in die Gemeindeverbände zu wählen. Mit der Motion mache ich nichts anderes, als etwas fordern, das in die Kompetenz des Einwohnerrates fällt und ich bin durchaus der Meinung, dass wir solche Neuwahlen fordern können. Das widerspricht nicht unse-

Thomas Zemp (CVP)

rer Gemeindeordnung und ich sehe nach wie vor nicht, wieso sich der Gemeinderat derart gegen das Vorhaben wehrt, das allenfalls die gleichen Leute wieder bestätigt.

### **Ordnungsantrag**

Ich glaube, wir haben unsere Argumente ausgetauscht und die Meinungen sind gemacht. Ich möchte als Ordnungsantrag beliebt machen, die Diskussion abubrechen.

Robert Odermatt  
(SVP)

### **Abstimmung**

über die Überweisung der dringlichen Motion Nr. 263/2009 von Thomas Zemp, CVP, und Mitunterzeichnenden: Wahl der Delegierten in verschiedene Gemeindeverbände.

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

### **Die Motion wird mit 17:12 Stimmen überwiesen.**

Ich möchte feststellen, es gibt keine Rücktritte, entsprechend gibt es keine Neuwahlen. Wenn Sie das so entscheiden wollen, können Sie das, aber es ist ganz klar rechtlich nicht in Ordnung und entspricht auch nicht Treu und Glauben. Man könnte x Beispiele nehmen, Sie sind gewählt worden und jetzt gibt es irgendeine Motion, dass man über xy noch einmal befinden und die Bevölkerung noch einmal befragen wolle. Ich muss sagen, ich bin völlig erschüttert über das Abstimmungsverhalten.

Markus Hool (FDP)

Ich staune auch über den Motionär, der eine Motion über Kostenbewusstsein usw. ein-gibt und jetzt so einen administrativen Aufwand verlangt.

Urs Rölli (FDP)

### **10. Dringliche Interpellation Nr. 572/2009 von Rita Wyss, L2O, und Mitunterzeichnenden: Oberstufenschulhaus**

In der Junisitzung hat der Einwohnerrat beschlossen, die dringliche Interpellation Oberstufenschulhaus an der Septembersitzung zu behandeln.

Rita Wyss (L2O)

Das Oberstufenschulhaus Horw ist in einem sehr schlechten Zustand und sollte dringend saniert oder neu gebaut werden. Die Bedingungen im Oberstufenschulhaus sind für die Lernenden und die Lehrenden nicht optimal. In Bezug auf Sicherheit (Brand-schutz und Erdbebensicherheit) besteht ebenfalls absoluter Handlungsbedarf. Neben der schlechten Energiebilanz und dem baulich schlechten Zustand des Gebäudes entspricht auch die Infrastruktur und das Raumangebot des Schulhauses nicht mehr den heutigen Anforderungen, die an ein Oberstufenschulhaus gestellt werden. Die geplanten Veränderungen auf der Sekundarstufe 1 gehen in Richtung des kooperativen Modells, d.h. die Oberstufe wird weniger stark gegliedert und verlangt ein entsprechendes Schulraumangebot. Im bestehenden Oberstufenschulhaus können diese Ziele von "Schule mit Zukunft", Entwicklung der Luzerner Volksschulen, nicht realisiert werden. Die L2O findet es dringend notwendig, die Planung voranzutreiben und einen Neubau oder eine Sanierung prioritär zu behandeln. Gerade in der heutigen Wirtschaftslage ist es wichtig, dass solche Projekte nicht aufgeschoben werden.

Ich versuche, die Fragen möglichst kurz zu beantworten, aber trotzdem so, dass alle den gleichen Informationsstand haben und auch einiges geklärt ist.

Markus Hool (FDP)

1. Wir haben vorhin den Finanz- und Aufgabenplan behandelt und gesehen, dass der Investitionsbedarf ausserordentlich gross ist. Es ist uns klar, dass das Oberstufenschulhaus ein wichtiges und dringendes Projekt ist und somit wird es auch die entsprechende Priorität erhalten. Aufgrund des Projektumfangs bedingt aber die Projektierung und Entscheidungsfindung sowie die Realisierung selber einen grossen

Zeitbedarf. Konkret heisst das, dass ein Wiedereinzug in ein saniertes oder allenfalls neu gebautes Oberstufenschulhaus frühestens im Schuljahr 2013/14 stattfinden kann.

2. Es gibt noch kein Vorprojekt und der Stand ist folgender: Es gibt einen Bericht "Sanierung Bestand" von den beauftragten Architekten vom September 2008. Dieser zeigt erhebliche Mängel auf und mit einem Ersatz der Gebäudehülle, von dem man eigentlich immer ausgegangen ist, ist es ganz sicher nicht getan. Es gibt diverse Sicherheitsprobleme, das Gebäude genügt den Anforderungen an die Erdbebensicherheit überhaupt nicht, die Brandsicherheit ist ungenügend, die betriebliche Sicherheit hat Mängel und bezüglich dem Unterhalt wird sich die Frage stellen, weil die Haustechnikinstallationen die Nutzungsdauer erreicht haben, ob man da nicht auch sehr viel investieren müsste. Konkret heisst das eine ausserordentlich grosse Eingriffstiefe der Sanierung, eigentlich eine Totalsanierung, allenfalls sogar ein Neubau. Das ist eine völlig veränderte Situation gegenüber dem, was man bis dato dachte, dass man mit einer relativ einfachen Fassadensanierung die bekannten Mängel beheben könnte. Dies sind hohe Temperaturen im Sommer, ein relativ hoher Energieverschleiss und nicht optimale Bedingungen im Winter für Lehrpersonen und Lernenden. Aufgrund des Berichtes müssen wir mit Sanierungskosten in der Grössenordnung von 14.0 bis 15.0 Mio. Franken rechnen. Allenfalls muss man auch Sofortmassnahmen treffen, Stichwort Optimierung der Brandschutzsicherheit und der betrieblichen Sicherheit, da werden Abklärungen getroffen. Die nächsten Schritte sind wie folgt gedacht: Wir gehen in zwei Schritten vor, der erste Schritt "Schulraumprogramm", den wir bis Ende des Jahres erarbeiten möchten, nachher das Variantenstudium, das die Frage Sanierung, mit oder ohne Erweiterung, oder Neubau am gleichen oder einem anderen Standort, beinhaltet. Aus der Variantenvielfalt und der sich ergebenden Kombinationen würden wir eine Testvariante auswählen und ein Vorprojekt erarbeiten. Weil das Ganze derart umfangreich ist, wollen wir es nicht bis zum Bauprojekt weitertreiben und nachher mit einem B+A zu Ihnen kommen, sondern wir sehen das zweistufige Verfahren vor. Wir würden im ersten Halbjahr 2010 einen Planungsbericht vorlegen und Ihnen diesen zur Kenntnis geben, weil es noch verschiedene Abhängigkeiten im Zusammenhang mit der Anpassung vom Bebauungsplan Zentrum gibt. Wir haben auch noch Überlegungen zum Zentrum Nord gemacht und da wollen wir aufzeigen, was gesamthaft geplant ist. Im Schritt zwei wäre nachgelagert der normale Ablauf, je nachdem stellt sich die Frage im Zusammenhang wie weit wir mit einer Sanierung/Neubau gehen müssen, ist ein Wettbewerb notwendig oder nicht. Aus heutiger Sicht wird das tendenziell so sein, das würde bis Ende 2010 laufen und dann geht es nachher vom Bauprojekt, Kostenvoranschlag, B+A zu Ihnen und nachher Submission und Ausführung der Arbeiten.
3. Das ist offen, wir werden das Variantenstudium machen und dann die beste Variante auswählen.
4. Nein, im Moment sind wir noch nicht so weit.
5. Da muss man sehen, was die anstehenden Veränderungen in der Volksschulbildung sind, das basiert auf den Entwicklungszielen "Schulen mit Zukunft". Angesprochen sind primär die neuen Schulstrukturen, Arbeiten im Sinne von länger dauernden Lernzyklen mit hoher Kontinuität und Durchlässigkeit, verstärkte Umsetzung von individualisierenden Lehr- und Lernformen und schulnahe Unterstützungsangebote für die vermehrt integrative Ausrichtung der Schule. Es laufen diverse Projekte, es gibt eine Projektgruppe "integrative Förderung" an der Primarschule in den Zentrumsschulhäusern, es gibt einen Planungsbericht, den der Regierungsrat an den Kantonsrat gestellt hat, es ist für uns auch wichtig, was die Beratung ergibt, die Anpassung vom Volksschulbildungsgesetz, das die Gemeinde verpflichtet, ab 1. Januar bedarfsgerechte Tagesstrukturen anzubieten, das haben wir auch im Finanz- und Aufgabenplan angezeigt, allenfalls im Schuljahr 2011/12. Der Umfang ist im Moment noch offen, klar ist, dass wir da sehr pragmatisch vorgehen möchten, wir haben auch schon einiges und in dem Sinn wird der Gemeinderat der Entwicklung

- in der Schule bei der Sanierung des Oberstufenschulhauses Rechnung tragen.
6. Da wären wir wieder bei dem Bericht, der im Moment auf die beiden Modelle abzielt, was wir in Horw umsetzen ist noch offen.
  7. Selbstverständlich ist uns das bewusst.
  8. Auch das ist uns bekannt und wird bei der Definition vom Schulraumprogramm berücksichtigt.
  9. Wir haben heute eine recht gute Schulhausumgebung, es ist auch wichtig, dass Raum zur Verfügung steht. Es gibt eine Arbeitsgruppe "Netzwerk Jugend", die im August 2008 ein Strategiepapier verfasst hat, das sich mit der Fragestellung auseinandergesetzt hat und selbstverständlich werden wir die Überlegung und die Erkenntnisse aus dem Papier in die Planung der Umgebungsgestaltung berücksichtigen.
  10. Wir haben eine ökologische Vernetzung im Siedlungsraum und wir sind daran, diese weiterzuentwickeln. Es gibt auch verschiedene Konzepte und Massnahmen, die aufgezeigt worden sind und geplant ist auch eine Freiraumstudie im Gebiet Zentrum Nord, und zwar vom Promenadenweg bis zur Krienserstrasse mit Einbezug des Dorfbachs und da werden wir auch in der Studie Entwicklungspotenzial und die Umsetzungsetappen aufzeigen.

Die L2O hofft wirklich, dass das Projekt Oberstufenschulhaus prioritär behandelt wird, dass die aufgegleisten Sachen umgesetzt werden und dass nicht andere Investitionsprojekte vorgezogen werden und in dem Zusammenhang das Oberstufenschulhaus-Projekt wieder nach hinten verschoben wird. Wir hoffen, dass nach dem Finanz- und Aufgabenplan das Projekt geplant, aufgegleist und realisiert wird.

Rita Wyss (L2O)

#### **Ordnungsantrag**

Nachdem die Traktandenliste erschienen ist, habe ich eine Einladung für einen Elternabend bekommen und ich möchte Ihnen beliebt machen, dass man die drei Traktanden, die mich betreffen, an einer späteren Sitzung behandelt. Es sind zwei Interpellationen, die bereits schriftlich beantwortet wurden, dort habe ich noch die eine oder andere ergänzende Frage, und das Postulat wird auch nicht viel Zeit in Anspruch nehmen. Man könnte diese heute weglassen, wäre Ihnen aber dankbar, wenn man sie auf eine der nächsten Sitzungen traktandiert.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Gegen die Abtraktandierung wird nicht opponiert.

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

#### **11. Dringliche Interpellation Nr. 573/2009 von Konrad Durrer, L2O, und Mitunterzeichnenden: Fachmarkt im Schlund**

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat bereits schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Antwort zufrieden?

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

Ich hoffe, die Anliegen waren in aller Interesse und glaube, die wesentlichen Aktionen konnten so rechtzeitig unternommen werden und sind auch offensichtlich angegangen worden. Ich verzichte auf Diskussion.

Konrad Durrer (L2O)

## 12. Postulat Nr. 610/2009 von Marcel Zimmermann, SVP, und Mitunterzeichnenden: Fussgängerstreifen auf der Kantonsstrasse

Mit der Diskussion um die Initiative der L2O habe ich mein Postulat eingereicht. Das Anliegen ist durchaus berechtigt und wir finden auch, dass man die Sicherheit verbessern könnte, wir sehen aber einen anderen Lösungsansatz. Mit Fussgängerstreifen kann man die Sicherheit der Fussgänger, vor allem für ältere Leute und für Kinder verbessern und man behindert nicht den Verkehr durch eine tiefe Geschwindigkeit. Die Markierung ist eine relativ kostengünstige Lösung, ich bin aber klar der Meinung, dass man Tempo 30 durchsetzen muss, weil gerade mit den Parkplätzen in der Mitte gefährliche Situationen entstehen können. Zum Argument "keine Fussgängerstreifen in Tempo 30-Zonen": In der Stadt Luzern gibt es etliche Beispiele, die zeigen, dass das geht. Frau Bernasconi hat aber letztes Mal erklärt, dass das auf die Signalisationshöhe der Stadt zurückzuführen sei. Das ist so, aber es gibt auch x andere Beispiele, die gegen das Prinzip verstossen. Wenn man in der Krienserstrasse schaut, haben wir eine Tempo 30-Zone und es gibt zwei Fussgängerstreifen, einer sogar mit einer Mittelinsel, obwohl es dort praktisch keinen Verkehr gibt. Die jetzige Situation auf der Kantonsstrasse ist für alle Beteiligten unbefriedigend, man steigt z.B. aus dem Bus und muss zuerst zwei Minuten warten, bis man über die Strasse kommt. Wer wirklich für Sicherheit einsteht, wird das Postulat unterstützen und ich bitte den Gemeinderat, es entgegenzunehmen. Zur Erledigung des Postulats bin ich der Meinung, dass man das mit der Erfolgskontrolle über die Erfahrungen mit der Kantonsstrasse zusammen machen kann.

Marcel Zimmermann  
(SVP)

Die Erfolgskontrolle liegt seit gestern vor, ich habe sie aber noch nicht gelesen. Ich bin gespannt, was diese ergeben hat, wie der Erfolg der Umgestaltung ist und ob man allenfalls Massnahmen prüfen muss. Ich bin immer noch überzeugt, dass wir eine gute Lösung haben. Wir haben nicht die Situation, dass man einfach laufen kann, man muss immer noch warten, wir haben aber praktisch keine Unfälle und ich sehe die Problematik, wie sie häufig geschildert wird, nicht so ganz. Wir werden das aber selbstverständlich prüfen und der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Zum Beispiel Krienserstrasse: Dort hatten wir früher Tempo 50 und der Fussgängerstreifen ist ein Überbleibsel. Es wäre unverhältnismässig, wenn man dort Massnahmen ergreifen würde, wenn man nicht sonst gerade eine Tätigkeit dort machen muss. Man ist ja daran, dort eine Umgestaltung ins Auge zu fassen, wie schnell dies realisiert wird, kann ich im Moment noch nicht sagen, und in dem Zusammenhang würde man auch den Fussgängerstreifen in der Krienserstrasse entfernen.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

Es ist mittlerweile bekannt, dass auch wir Sicherheit auf der Kantonsstrasse möchten. An dem Postulat stört uns aber die Verhinderung von tieferen Tempolimiten, um Fussgängerstreifen in die Wege zu leiten. Uns ist wichtig, dass die Erfolgskontrolle ausgewertet wird und wir hoffen ganz schwer, dass das nicht nur ein Anbringen von Fussgängerstreifen ist, denn ein weiteres Problem neben der Sicherheit ist, dass die Verkehrsberuhigung der Strasse nicht stattgefunden hat, ausser dass der Schwerverkehr nicht mehr dort ist. Es gibt sehr viel Verkehr und tiefere Tempolimiten würden bewirken, dass das nicht mehr so eine attraktive Durchfahrtsstrasse ist. Es gibt überhaupt keine Behinderungen auf der Strasse, darum fahren auch so viele Leute dort durch, die das eigentlich nicht müssten. Ein Handicap haben höchstens Velofahrende oder Fussgänger, die plötzlich neben der Strasse oder auf dem Trottoir sind, weil es die Kurven hat und die Sicht noch von parkierenden Autos gestört wird. Ich finde, dass man das Postulat nicht überweisen muss, weil das überflüssig ist. Wir hoffen, dass man aufgrund der Erfolgskontrolle eine gute Lösung finden wird. Die Fussgängerstreifen würden auch eine falsche Sicherheit geben, man hält nur dort, wo einer ist. Wenn die drei Streifen ange-

Beatrice Heeb-Wagner  
(L2O)

bracht sind, heisst das nicht, dass man an anderen Stellen über die Strasse darf und dann wird überhaupt keine Rücksicht mehr auf Fussgänger/-innen genommen, d.h. die Autofahrenden schauen dann nur noch auf die Sicherheit dort, wo Fussgängerstreifen sind und beim Rest wird Tempo 30 wahrscheinlich wieder sehr gut ausgenützt. Darum empfehle ich, das Postulat nicht zu überweisen.

Die Nichtüberweisung geht ja vor allem um den Teil, dass man Tempo 20 möchte. Wenn man aber z.B. in der Nacht schaut, ist das normale Tempo 40 bis 50 km/h, das gefahren wird. Tempo 20 wäre von daher gar nicht durchsetzbar und ich bitte Sie, das Postulat zu unterstützen.

Marcel Zimmermann  
(SVP)

In dem Zusammenhang möchte ich auf die Diskussion zurückkommen, die hier schon einmal geführt worden ist und ein wichtiges Argument, das damals aufgekommen ist, dass wenn man Fussgängerstreifen signalisiert, dann ist die Benützung auch Pflicht, d.h. wer im Zentrum von einer Seite auf die andere möchte, muss einen Umweg machen. Vermutlich macht er das nicht, weil man es nicht gewohnt ist und weil es nicht praktisch ist. Aus meiner Sicht ist es höchst fragwürdig, ob die Verkehrssituation durch Fussgängerstreifen sicherer würde, man kann genauso gut argumentieren, dass das Gegenteil der Fall ist und es unsicherer wird. Ich bin auch der Meinung, das Postulat nicht zu überweisen.

Markus Bider (CVP)

Herr Bider, im Zusammenhang mit der Erfolgskontrolle soll man doch das Anliegen prüfen und dann kann man es im Detail noch einmal anschauen.

Marcel Zimmermann  
(SVP)

### **Abstimmung**

über die Überweisung des Postulats Nr. 610/2009 von Marcel Zimmermann, SVP, und Mitunterzeichnenden: Fussgängerstreifen auf der Kantonsstrasse.

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

**Das Postulat wird mit 15:7 Stimmen überwiesen.**

## **12. Interpellation Nr. 564/2009 von Robert Odermatt, SVP, und Mitunterzeichnenden: Feuerwehrnetz Region**

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat bereits schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Antwort zufrieden?

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

Mit der Beantwortung bin ich zufrieden, aber über die daraus entstandene Situation bin ich sehr konsterniert und beantrage Diskussion.

Robert Odermatt  
(SVP)

Wenn man meine Interpellation liest und dann die Beantwortung des Gemeinderates könnte man zu dem Schluss kommen, dass die Fragen der Interpellation irgendein Hirngespinnst sind oder völlig aus der Luft gegriffen. Dass dem nicht ganz so ist, möchte ich Ihnen anhand von zwei Folien zeigen. Diese sind vom März 2009 von der offiziellen Webseite der Stadt Luzern: "Die gemeinsame Organisation (Luzern und Littau) passt in ein zukünftiges Feuerwehrnetz Luzern mit Schwerpunkt Bildung usw." Im ganzen Projekt ist die Gemeinde Horw mehrmals erwähnt. Ich bin konsterniert, dass ein Chefbeamte des Kantons ein Projekt macht, offenbar ohne politischen Auftrag, das Projekt an öffentlichen Veranstaltungen kundtut, er stellt es ins Internet (Stadt Luzern, Feuerwehr) und es berührt mich, dass die betroffene Gemeinde Horw davon nichts weiss bzw. absolut nicht begrüsst oder orientiert wird. Es würde mich interessieren, wie sich der Gemeinderat zu so einem Vorgehen stellt. Ich darf auch sagen, der kantonale Feuerwehr-

inspektor ist in der Zwischenzeit abgelöst worden, der neue Feuerwehrinspektor hat das Projekt vielleicht in die Schublade getan oder beerdigt, ich hoffe einfach, er geht ein bisschen sensibler damit um, wenn man so ein Projekt starten würde.

Sie haben das Projekt erwähnt, das der ehemalige Feuerwehrinspektor präsentiert hat. Nach Auskunft vom heutigen Kommandanten der Stadtfeuerwehr ist das allein bei der Auftaktveranstaltung erwähnt und als eine Möglichkeit aufgezeigt worden. Es gab aber nie einen Projektauftrag. Im weiteren Verlauf der Beantwortung habe ich geschrieben, dass die Feuerwehr 2000plus eine Definition der Grösse der Feuerwehren vorgenommen hat. Dort ist auch Horw beurteilt worden und es gilt nach wie vor, dass Horw eine eigenständige Feuerwehr hat. Das haben wir auch bei den Abklärungen von unserem Feuerwehrgebäude im Voraus gemacht und es ist damals wie heute genau gleich. Es wäre an der Gemeinde Horw, wenn sie eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden suchen würde. Dann würde es einen Gemeindevertrag geben und es müsste auch im Einwohnerrat behandelt werden.

Ich glaube, der Gemeinderat hat mich falsch verstanden oder ich habe mich falsch ausgedrückt. Ich habe an der Beantwortung nichts zu bemängeln, sondern ich habe die Situation bemängelt, wie sie entstanden ist. Ich darf dazu ergänzen, das wurde nicht nur einfach an einer Veranstaltung gezeigt, sondern das war über x Monate auf der Webseite der Stadt Luzern, heute ist es allerdings nicht mehr aufgeschaltet.

Susanne Heer (FDP)

Robert Odermatt  
(SVP)

Irène Zingg-Vetter  
Einwohnerratspräsidentin

Franz Leipold  
Sekretär

Daniel Hunn  
Gemeindeschreiber

Heike Sommer  
Protokollführerin

Versand: 8. Oktober 2009